41. Freitag den 18. Februar 1859. 41.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 18. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Kaiserl. östreichischen Beamten Orden zu verleihen, und zwar: Dem Sektionsrath und Ober-Postdirektor Zanoni zu Verona und dem Postdirektor Brielmayer zu Innsbruck den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Bezirksvorsteher Sattler zu Meran und dem Bürgermeister Haller ebendaselbst den Rothen Adler-Orden vierter Klasse.

Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Kammerherrn Grafen von Redern, zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikate „Exzellenz" zu ernennen; und dem Kreisrichter a. D. Helfft zu Berlin den Charakter als Justizrath zu verleihen; auch dem Hauptmann Prinzen zu Schoenburg-Waldenburg im 1. Garde-Regiment zu Fuß, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein K. H. ihm verliehenen Komthurkreuzes erster Klasse vom Verdienst-Orden Philipps des Großmüthigen zu ertheilen.

Nr. 42 des „St. Anz.'s" enthält Seitens des K. Ministeriums der geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten einen Cirkular-Erlaß vom 6. Nov. 1858, betr. die Ferienordnung für höhere Unterrichtsanstalten; und einen Bescheid vom 8. Dez. 1858, betr. die Festsetzung von persönlichen Zulagen für Elementarlehrer; ferner Seitens des K. Ministeriums des Innern einen Erlaß vom 31. Dez. 1858, betr. den Beitritt der landgräflich hessen-homburgschen Regierung zum Paßkarten-Verein und die zur Ausfertigung von Paßkarten ermächtigten Behörden.

Telegramm der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag, 17. Februar Mittags. Nach einer hier eingetroffenen telegraphischen Depesche aus Belgrad vom heutigen Tage ist der Senat rekonstituirt worden. Elf Mitglieder desselben sind bereits designirt, darunter vier frühere und sieben neue. Stevza ist zum Präsidenten des Senats ernannt, der ehemalige Vizepräsident des Senats, Jankovich, gefänglich eingezogen und der ehemalige Ministerpräsident Markovich exilirt worden.

(Eingeg. 18. Febr., 9 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 17. Febr. [Das neue Ehegesetz; die Pariser Konferenz; der Besuch des Herzogs von Koburg.] In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses ist, unter einigen einleitenden Worten des Justizministers und des Kultusministers, der Entwurf des neuen Ehegesetzes eingebracht worden. (Wir haben unsern Lesern bereits gestern nach einer telegraphischen Depesche in einem Extrablatte Mittheilung von dieser wichtigen Vorlage gemacht. D. R.) Der Entwurf greift über die besonderen Schwierigkeiten, welche bei der Trauung landesrechtlich geschiedener Personen, Dissidenten-Ehen u. s. w. sich geltend gemacht haben, hinaus und stellt die Form der Eheschließung ganz auf den Boden der englischen Praxis. Von einer sogenannten „Noth-Civil-Ehe" ist nicht die Rede; sondern die bürgerliche Form der Eheschließung wird als gleichberechtigt neben die gleichfalls als gültig anerkannte priesterliche Trauung hingestellt. Es wird also dem Gewissen jedes Staatsangehörigen anheimgestellt, die eine oder die andere Form der Eheschließung zu wählen oder auch nach der bürgerlichen Ehe noch die kirchliche Trauung nachzusuchen. Der Kultusminister legte darauf Gewicht, daß auch die Eheschließung vor dem Richter nicht die Form eines Kontraktes, sondern die eines Gelübdes der Treue haben soll. Das neue Ehegesetz soll auch die Bestimmung des Landrechts aufheben, welche die zwischen einem Adligen und einer Frauensperson aus dem niedern Bürger- oder Bauernstande geschlossene Ehe für ungültig erklärt. Die ausdrückliche Aufhebung dieser landrechtlichen Vorschrift ist als nothwendig erachtet worden, weil das Obertribunal diesem Ehehinderniß, obgleich es mit den Grundsätzen der Verfassung im Widerspruch steht, noch gesetzliche Geltung zuerkannt hat. Der zweite Titel des Entwurfs handelt von der Ehescheidung und wiederholt im Wesentlichen diejenigen Bestimmungen der früheren Vorlage, welche auf eine Beschränkung der landrechtlichen Ehescheidungsgründe abzielen. Dagegen sind die Anordnungen wegen einer Trennung von Tisch und Bett in Wegfall gekommen. — Bis jetzt ist noch kein Termin für die Eröffnung der Pariser Konferenz festgesetzt; nur das darf als gewiß gelten, daß von keiner Seite, also auch nicht von Oestreich, Widerspruch gegen eine Wiederaufnahme derselben erhoben wird. Man erfährt, daß Frankreich, Rußland und Sardinien für die Gültigkeit der Doppelwahl Cousa's stimmen werden, während die Pforte und Oestreich entschieden dagegen remonstriren. Die Haltung Englands und Preußens wird auch hier den Ausschlag geben. Die beiden Kabinette zu London und zu Berlin scheinen darüber einverstanden, daß die Doppelwahl dem Geist der Pariser Konvention noch entschiedener, als dem Wortlaut derselben widerspricht; doch kann allerdings in Frage kommen, ob es nicht angemessen erscheint, der so energischen Kundgebung der Wünsche des Rumänenthums ein Zugeständniß zu machen. — Man hat dem Besuche des Herzogs von Sachsen-Koburg am Berliner Hofe eine politische Tendenz beigelegt. In unterrichteten Kreisen erklärt man diese Deutung für durchaus unbegründet.

☾ Berlin, 17. Febr. [Vom Hofe; Fackelzug.] Der Prinz-Regent arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegsminister v. Bonin und dem General v. Manteuffel, und empfing darauf die Minister v. Flottwell und v. Schleinitz zum Vortrage. Mittags machte der Prinz-Regent einen Spazierritt durch den Thiergarten. Um 5 Uhr war Tafel im Palais. Unter den Gästen befand sich auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher Nachmittags von Schwerin hier eingetroffen und im königl. Schlosse abgestiegen war, wohin den hohen Gast der Vertreter Mecklenburgs am hiesigen Hofe, General v. Hopfgarten vom Bahnhofe aus geleitet hatte. Der Großherzog begab sich bald nach seiner Ankunft zum Prinz-Regenten, wo bereits der Prinz Friedrich Wilhelm und der Herzog von Gotha anwesend waren. Der Besuch des hohen Verwandten unseres Königshauses, welcher auf 4 Tage beschränkt sein soll, giebt natürlich zu mancherlei Kombinationen Veranlassung, wie man denn überhaupt nicht glaubt, daß die Besuche der Herzöge von Nassau und Gotha nur der Kourtoisie gegolten haben (vergl. oben unsere ADKorr.). Bisher war hier viel von einem bevorstehenden Besuche des Kaisers und der Kaiserin-Mutter von Rußland die Rede, doch höre ich, daß der Kaiser gerade jetzt am wenigsten daran denkt, sein Reich zu verlassen, wo wichtige Fragen ihrer Entscheidung harren, und die Kaiserin-Mutter soll entschlossen sein, erst im Herbst unserm Hofe einen Besuch zu machen. — Gestern Abend fand der Fackelzug statt, den die hiesigen Studenten dem Prinzen Friedrich Wilhelm brachten. Obwohl das Wetter recht traurig war und der Regen den ganzen Tag über fast nicht nachgelassen hatte, so war doch eine ungeheure Volksmasse zusammengeströmt, um Zeuge dieses glänzenden Schauspiels sein zu können. Schon um 5½ Uhr versammelten sich die Theilnehmer auf dem Pariser Platze; es wurde etwa 7 Uhr, bevor sich der Zug geordnet in Bewegung setzte. War gleich der Zug kleiner, als der vorjährige bei Gelegenheit der Einholung des prinzlichen Paares, so übertraf er ihn doch an Glanz. Den Zug eröffneten fünf mit vier Pferden bespannte Wagen, in welchen sich die Deputation befand, die den Prinzen begrüßen sollte. Die drei ersten Wagen wurden von Schimmeln gezogen, die beiden anderen von Rappen. Als der Zug, dem das Banner der Universität vorgetragen wurde, das Palais des Prinz-Regenten erreicht hatte, wurde diesem, der sich an seinem Eckfenster befand, ein jubelndes Hoch dargebracht, das bis zum Schlusse des Zuges andauerte; verstärkt wurde dasselbe noch durch die ungeheure Volksmenge, die trotz Sturm und Wetter auf dem Platze war. Vor dem Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm angekommen, verließ die Deputation ihre Wagen und begab sich in das Palais, während die Studentenschaft vor demselben einen Halbkreis bildete; die Fahnenträger standen insgesammt an der Rampe. Der Prinz, umgeben von seinen Adjutanten und seinem Hofstaat, empfing die Deputation auf das Huldvollste und versicherte auf die Anrede des Sprechers, Stud. med. Hertwig, Senior der Westfalia, daß es ihm vor Allem lieb sei, von der Studentenschaft Zeichen der Theilnahme zu erhalten, der er selber längere Zeit angehört habe; zugleich machte ihm der Prinz Mittheilung von den Beglückwünschungen, die ihm selbst von den Studentenschaften auswärtiger Universitäten zugegangen seien. Schließlich gab der Prinz der Deputation das Versprechen, daß er seinen Sohn, sofern ihn Gott am Leben erhielte, so erziehen würde, daß er seiner Ahnen dermaleinst würdig erscheine. Nachdem sich der Prinz noch die Mitglieder der Deputation hatte vorstellen lassen, entließ er sie auf das Freundlichste und trat dabei an das Fenster, um den Zug in Augenschein zu nehmen. Eine besondere Freude war es für ihn, das Korps der Hanseaten aus Bonn im Zuge vertreten zu sehen; diese Studenten hatten früher der Hansea in Bonn angehört und waren hier zu dem Zwecke wieder zusammengetreten; der große stattliche Fahnenträger, in vollem studentischen Wichs, roth und weiß, war der Sohn unsres Bürgermeisters, Geh. Rathes Naunyn. Verschiedene Blätter melden, daß der Prinz aus dem Palais herausgetreten sei, um den Fackelzug in Augenschein zu nehmen; ich befand mich in der Nähe des Palais und der Senioren und kann versichern, daß der Prinz nur sich am Fenster zeigte. Als die Senioren aus dem Palais nach dem Empfange heraustraten, brachten sie dem Prinz-Regenten und dem Prinzen Friedrich Wilhelm ein Hoch, in das die ganze Studentenschaft und die Volksmenge, während die Fahnen salutirten und die Trompeten schmetterten, freudig einstimmten und donnernd dreimal wiederholten. Nach der Volkshymne nahm der Zug seinen Weg nach dem Dönhofsplatz, wo die Fackeln mit Hülfe einer Feuerwehr-Abtheilung verlöscht wurden. Diese Festlichkeit verlief ohne alle Störung und Unordnung. Im Odeum fand darauf ein großer Commers statt, der bis Morgens 5 Uhr währte.

— [Ministerialverfügung über die Stellung der Schulamtskandidaten.] Die wichtige Verfügung des Kultusministers v. Bethmann-Hollweg über die künftige Stellung der Schulamtskandidaten, deren bereits Erwähnung geschehen, lautet wörtlich:

„Die k. Provinzialschulkollegien haben bisher von dem Ertrag der durch die k. wissenschaftlichen Prüfungskommissionen abgehaltenen Prüfungen pro facultate docendi diejenige Kenntniß nicht erhalten, welche denselben die Möglichkeit sichert, zu den Kandidaten des höheren Schulamts, je nachdem sie den einzelnen Provinzen angehören, eine nähere Beziehung zu gewinnen. Daß hierzu Gelegenheit gegeben werde, liegt ebenso sehr im Interesse der Schulamtskandidaten selbst, wie der Schulverwaltung, und setzt die k. Provinzialschulkollegien in den Stand, namentlich auch den Mangel an Schulamtsaspiranten durch gegenseitige Kommunikation leichter auszugleichen. Demgemäß habe ich Aenderung getroffen, daß die k. Provinzialschulkollegien alljährlich von der k. wissenschaftlichen Prüfungskommission der betr. Provinz ein Verzeichniß der Kandidaten erhalten, welche bei der letzteren das Examen pro facultate docendi bestanden haben, mit Angabe des Umfanges und des Maaßes, in welchem denselben die Unterrichtsbefähigung zuerkannt worden ist, so wie unter Beifügung der nöthigen Bemerkungen über die Persönlichkeit und das in den Probelektionen bewiesene Lehrgeschick der einzelnen Kandidaten. Andrerseits werden die Schulamtskandidaten angewiesen werden, sich bei dem Schulkollegium der Provinz, in welcher sie eine Anstellung zu erhalten wünschen, oder einstweilen ihren Aufenthalt zu nehmen gedenken, mit Vorlegung ihres Prüfungszeugnisses schriftlich zu melden und sich dem betr. Departementsrath wo möglich persönlich vorzustellen, insbesondere auch um wegen des Probejahrs Auskunft und Anweisung zu erhalten. Bei dem in den letzten Jahren fühlbar gewordenen Mangel an erprobten Lehrkräften ist die Nothwendigkeit eingetreten, viele Schulamtskandidaten gleich nach der Prüfung als Lehrer zu verwenden und ihnen eine größere Stundenzahl zu übertragen, als für das Probejahr vorgeschrieben ist und angemessen erscheint. Es ist zu hoffen, daß dies nur ein vorübergehender Nothstand sein wird. Tritt der Fall ein, daß es an Gelegenheit fehlt, einen Schulamtskandidaten alsbald nach der Prüfung einer höhern Lehranstalt zur Ableistung des Probejahres zuzuweisen, oder ihn nach dem Probejahr an einer öffentlichen Schule anzustellen resp. zu beschäftigen, so daß derselbe z. B. in die Stellung eines Hauslehrers eintritt, oder sich einstweilen auf Privatbeschäftigung beschränkt, so ist ein solcher bei seiner Meldung aufzufordern, den etwaigen Wechsel seines Aufenthaltsorts dem betreffenden Provinzialschulkollegium anzuzeigen. Die Departementsräthe werden ihrerseits die Gelegenheit benutzen, von den persönlichen Verhältnissen und den Studien solcher Kandidaten Notiz zu nehmen und sie mit ihrem Rath zu unterstützen, oder sie in dieser Beziehung an den Direktor der dem Kandidaten nächsten höhern Lehranstalt zu weisen. Schulamtskandidaten, welche es verabsäumen, sich mit der Schulaufsichtsbehörde auf diese Weise in Verbindung zu setzen und zu erhalten, würden es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie bei Stellenbesetzungen unberücksichtigt bleiben. Das Probejahr kann an Gymnasien und zu Entlassungs-Prüfungen berechtigten Real- und höheren Bürgerschulen abgehalten werden; an Progymnasien in der Regel nicht, sondern nur in Ausnahmefällen mit Genehmigung des betreffenden königl. Provinzial-Schulkollegiums. Die Annahme eines candidatus probandus bei den Gymnasien und Realschulen erfolgt nur mit Zustimmung der betreffenden Aufsichtsbehörde; meiner Genehmigung dazu bedarf es nicht; eben so wenig ist mir Anzeige davon zu machen. Hinsichtlich ausländischer Schulamts-Kandidaten bleibt es bei den Bestimmungen des Erlasses vom 28. Mai 1851. In Betreff des Zeugnisses über das absolvirte Probejahr hat die Mehrzahl der auf die Cirkular-Verfügung vom 13. April 1858 abgegebenen Gutachten sich für Beibehaltung der durch den Erlaß vom 11. Februar 1832 angeordneten Unterscheidung eines dem Kandidaten auszustellenden Attestes über Klassen und Lehrobjekte, in denen er unterrichtet hat, von dem über die Beschaffenheit seiner Lehrthätigkeit zu erstattenden Berichte ausgesprochen. Indem ich mich damit einverstanden erkläre, daß es auch ferner bei dem bisherigen Verfahren verbleibe, veranlasse ich das Provinzial-Schulkollegium, darauf zu achten, daß die erwähnte Unterscheidung genauer innegehalten werde, als es jetzt häufig geschieht, da nicht selten auch in die vom Direktor dem Kandidaten auszustellende Bescheinigung eine Beurtheilung der Leistungen, des Verhaltens und der Befähigung desselben aufgenommen wird. Die Berichte über das Probejahr der Schulamtskandidaten sind in Zukunft von den Direktoren nicht unmittelbar an mich, sondern an das betreffende Provinzial-Schulkollegium einzusenden, dessen Departementsrath entweder die Bemerkungen hinzuzufügen hat, zu denen er sich auf Grund eigener Beobachtung des Kandidaten veranlaßt findet, oder den Bericht nur mit seinem Vidi bezeichnet, worauf derselbe in jedem einzelnen Fall mir einzureichen ist. Wünscht der Kandidat nach dem Probejahr ein eigentliches, seine Thätigkeit charakterisirendes Zeugniß zu erhalten, so hat der Direktor ihn an das k. Provinzial-Schulkollegium zu verweisen. Die Direktoren derjenigen Real- oder höheren Bürgerschulen, welche zum Ressort einer k. Regierung gehören, senden die Berichte über das Probejahr zunächst an diese ihnen vorgeordnete Aufsichtsbehörde, von welcher sie darauf dem Schulkollegium in der Provinz zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung mitgetheilt werden. Der Bericht über das Probejahr ist auch in den Fällen zu erstatten, wenn die Verhältnisse dazu nöthigen, einen noch unerprobten Schulamtskandidaten ausnahmsweise gleich mit der vollen Stundenzahl eines angestellten Lehrers und gegen Remuneration zu beschäftigen. Bei den Anträgen auf Genehmigung der Anstellung von Schulamtskandidaten ist jedesmal anzugeben, wo der betreffende Kandidat sein Probejahr abgeleistet, und von welchem Direktor der Bericht darüber erstattet worden ist. Ich veranlasse die k. Provinzial-Schulkollegien, dem Vorstehenden gemäß, die Direktoren der Ihrer Aufsicht untergebenen höheren Lehranstalten mit Anweisung zu versehen."

— [Bau neuer Eisenbahnlinien.] Die „Danz. Ztg." schreibt: Der Handelsminister soll sich privatlichen Mittheilungen zufolge in Bezug auf den Bau neuer Eisenbahnlinien mehrfach ziemlich widerstrebend geäußert haben. Es soll in den Intentionen des Staates liegen, in den nächsten Jahren gar keine Eisenbahnen zu bauen, und um den Geldmarkt nicht zu drücken, auch keine Konzessionen zu ertheilen. Dieselbe Ansicht hat der Regierungs-Kommissar in einer der letzten Sitzungen der Kommission für Handel und Gewerbe, wo über eine Petition wegen Baues einer Eisenbahn am rechten Oderufer verhandelt wurde, kundgegeben, und in Folge dessen beschloß die Kommission den Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen. Hiermit ist für den Bau aller petitionirten Eisenbahnstrecken, deren aus jeder Provinz wenigstens 3—4 vorliegen und zu deren Herrichtung ein Kapital von mindestens 200 Millionen erforderlich wäre, in nächster Zeit gar keine Aussicht. Eine Petition wegen des Baues einer festen Weichselbrücke bei Thorn hat der Abgeordnete von Thorn, Gustav Weese, am 12. eingereicht.

Danzig, 17. Febr. [Bevölkerung.] Unsere Stadt hatte, nach den jetzt veröffentlichten Listen des Magistrats, am Schlusse des vorigen Jahres eine Civil-Bevölkerung von 67,616 Seelen; drei Jahre zuvor waren es erst 63,178. Die Zunahme beträgt also 4438 Seelen, was per annum einen Zuwachs von durchschnittlich etwas über 2 Proz. ergeben würde; eine erfreuliche Erscheinung, die hauptsächlich wohl daher rührt, daß die Cholera, Danzigs Geißel, im Jahre 1856 ziemlich gelinde, im Jahre 1857 fast gar nicht aufgetreten und im letzten Jahre ganz ausgeblieben ist. Auch Danzigs Rivalin durch Jahrhunderte, Elbing, hat in dem letzten Triennium, gleich unserer Stadt, ziemlich erheblich an Einwohnerzahl gewonnen, und beträgt letztere gegenwärtig fast 24,600; drei Jahre zuvor waren es erst 23,702 und 1846 erst 22,246. Nach hier stattgehabten Ermittelungen genießen von den etwa 9200 schulpflichtigen (d. h. im Alter zwischen 6—14 Jahren stehenden) Kindern unserer Stadt etwas über 8600 nachgewiesener Maßen Schulunterricht; d. h. von je 18 schulpflichtigen Kindern genießen 17 auch wirklich Unterricht; ein günstigeres Verhältniß, als in vielen anderen Orten, und um so erfreulicher, da gerade hierorts, wo bei dem Getreide-Umarbeiten, auf den Holzfeldern ꝛc. auch schon 11—13jährige Knaben einen recht lohnenden Verdienst finden, die Versuchung, solche von der Schule fern zu halten, ziemlich nahe liegt.

Duisburg, 16. Febr. [Evang. Kirchentag.] Aus zuverlässiger Quelle geht der „Rh. und R. Z." die Nachricht zu, daß der nächste deutsch-evangelische Kirchentag in Barmen statthaben wird. Der Kultusminister v. Bethman-Hollweg hat bekanntlich seine Stelle als erster Präsident des Kirchentages niedergelegt; auch hat derselbe das ihm von dem geschäftsführenden Komité angetragene Ehrenpräsidium des Kirchentages abgelehnt. Es wird einst-

weilen der Geheime Rath Dr. Stahl das Präsidium übernehmen, bis in Barmen ein erster Präsident ernannt sein wird. Auch in diesem Jahre wird der Kirchentag im September stattfinden.

Königsberg, 17. Febr. [Englische Medaille.] Als Anerkennung für das mit Erfolg geführte Kommando bei dem Schießaparate bei Rettung der Mannschaft des im Frühjahre vorigen Jahres bei Pillau in der Nähe der Süd-Mole gestrandeten englischen Briggschiffs „Ocean's Queen“ ist jetzt auch dem Zeugschreiber Brunner eine goldene Medaille von dem englischen Gouvernement verliehen und im Laufe der verflossenen Woche von seiner vorgesetzten Behörde überreicht worden. (K. H. Z.)

Marienburg, 16. Febr. [Umgestaltung der Schule.] In der geheimen Sitzung der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde die vom Provinzial-Schulrath Dr. Schrader behufs eventueller Umgestaltung unsrer Schule in ein Gymnasium bestimmte Mehrausgabe für Lehrergehalt und kleinen Umbau im Schullokale bewilligt. Aus der Vorlage war ersichtlich, daß für solche Schüler, die sich nicht für die Universität ausbilden wollen, statt Griechisch, Englisch, Physik und Chemie gelehrt, unser künftiges Gymnasium also gleichzeitig eine Art Real-Gymnasium werden wird.

Neuwied, 16. Februar. [Petition für die Sonntagsfeier.] Von hier ist eine mit nahe an 100 Unterschriften (darunter mindestens drei Viertel von Gewerbetreibenden) bedeckte Petition an das Haus der Abgeordneten abgegangen, welche im Anschlusse an die ähnliche Petition aus Elberfeld und ihre Motive die Bitte ausspricht: das hohe Haus der Abgeordneten wolle allen Anträgen, welche wegen Aufhebung oder Beschränkung der die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage betreffenden Verordnungen an dasselbe gerichtet werden, Förderung und Befürwortung durchaus versagen.“

Oestreich. Wien, 16. Febr. [Die Situation.] „Oestr. Zeitung“ und „Ostd. Post“, welche, ohne gerade eine offiziöse Stellung nach Art einiger Pariser Journale einzunehmen, doch in gewissen Beziehungen zum Ministerium stehen, fahren fort, die Situation in einem günstigeren Lichte darzustellen, als die unabhängigeren Zeitungen, wie „Presse“ und „Wanderer“, denen die Besorgnisse vor kriegerischen Eventualitäten höchstens in die Ferne gerückt erscheinen. Indessen nimmt die „Oestr. Zeitung“ in ihrem Artikel „Friedenszeichen“ doch auch die Chancen eines italienischen Krieges zwischen Oestreich und Frankreich in Erwägung, aber nur um den Vortheil auf Seiten Oestreichs zu finden. „Wir hätten die Wahl, die Ebenen Piemonts oder der Lombardei zur Kampfesstätte zu wählen; wir hätten im Falle eines Verlustes die Rückzugslinie auf den Mincio, die fast unbezwinglich ist, und die Bergfestungen von Tirol und Kärnthen als Deckung.“ Aber wir haben mehr, fügt sie hinzu, wir haben das Recht für uns, das Recht, uns zu vertheidigen und Opfer zu bringen. Ueberdies gebietet Oestreich über eine größere Truppenmacht, als Frankreich, und da in Oestreich die Bevölkerung wächst, während sie in Frankreich eine „Abnahme verspürt“, so ist dies für langwierige Kriege und wenig dauerhafte Friedensschlüsse, wie ein Kampf in Italien im Gefolge haben müßte, auch noch in Anschlag zu bringen. Die „Ostd. Post“ beschäftigt sich mit dem angekündigten Zusammentreten der Pariser Konferenz. Dieselbe könnte in der Stimmung, in welcher Europa gegenwärtig sich befände, höchst gefährlich, aber möglicherweise auch sehr wohlthätig werden. Wenn jedoch die „Patrie“ schon die Erwartung ausspräche, daß auf denselben auch die italienische Frage zur Verhandlung kommen müsse, so würde eine solche Hindeutung den Zusammentritt der Konferenz schwerlich beschleunigen. Girardin's Schrift „La Guerre“ nennt die „Ostd. Post“ napoleonischer als napoleonisch; sie stelle sich hin, nicht als Widerspruch gegen die Broschüre „Napoleon III. und Italien“, sondern so, als ob sie bestimmt schiene, dieselbe zu ergänzen. — Wie die „Indépendance“ wissen will, hat die hohe Pforte so eben den Modifikationen, welchen das Reglement über die Donauschifffahrt in Folge der von der Pariser Konferenz erhobenen Einwände von Seiten der anderen Uferstaaten unterworfen wurde, ihre Zustimmung ertheilt.

Venedig, 8. Febr. [Kriegsvorbereitungen.] Vorgestern sind Genietruppen aus Verona hier eingerückt, um den Lidio di S. Nicolo in Vertheidigungs-Zustand zu setzen, jenes schmale Gestade, welches das Lagunenbassin vom Meere trennt, und so zu sagen die Kourtine der zwischen den starken Forts Alberoni und S. Nicolo gelegenen, gegen das Meer gerichteten Vertheidigungsfronte des Lagunen-Systems bildet. Es werden zunächst einige, mit dem schwersten Geschütz bewahrte Batterien aufgeworfen, deren Feuer die Annäherung einer feindlichen Flotte und jeden Landungsversuch zu verhindern bestimmt ist. Selbstverständlich befinden sich die genannten Befestigungen der Hafeneinfahrten von Lido, Malamocco und Chioggia in nicht minder vertheidigungsbereitem Zustande. Im Arsenal herrscht große Thätigkeit, und man sieht häufig ein- und auslaufende Kriegsschiffe. An den Po-Mündungen wurden leichte Fahrzeuge stationirt, und, mit einem Wort, Alles eingeleitet und vorbereitet, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. Auf den Bahnen sind alle Vorkehrungen zum Transport des in und bei Wien dislocirten zweiten Armee-Korps getroffen. Die Errichtung der Feldspitäler und Armee-Bäckereien ist in der Ausführung begriffen, Pferde-Ankäufe sind eingeleitet und das Pferde-Ausfuhrverbot hat nach innen wie nach außen seine weittragende Bedeutung. Trotz alledem glaubt die öffentliche Meinung noch immer nicht an einen Krieg, und verzweifelt noch nicht an der Erhaltung des Weltfriedens. Indeß lastet der Druck der Lage wie ein Alp auf dem Handel und der Spekulation. (A. Z.)

Bayern. München, 16. Febr. [Oestreichisches Cirkularschreiben.] Das Wiener Kabinet hat in diesem Augenblicke einen Schritt von hoher Bedeutung gethan. Graf Buol hat, wie der „Indép. belge“ gemeldet wird, an die Staaten zweiten Ranges, von Bayern an, ein Rundschreiben gerichtet, worin er mit freudiger Genugthuung auf die Kundgebungen, die in Deutschland seit Anfang dieses Jahres hervorgetreten, hinweist und bemerkt, obwohl der Augenblick, um die Frage vor den deutschen Bund zu bringen, noch nicht gekommen, so dürfte es doch wünschenswerth sein, schon jetzt Gewißheit darüber zu erlangen, wie die deutschen Regierungen gesinnt seien, falls ein Krieg mit Sardinien allein oder mit Frankreich und Sardinien zusammen ausbrechen sollte. Dieses Rundschreiben, das geheim bleiben soll, ist sehr umfangreich und trägt das Datum des 5. Februar 1859 und die Unterschrift des Grafen Buol. Da es an Preußen nicht gerichtet ist, so wurde es demselben erst einige Tage nach dem Tage, von dem es datirt ist, offiziös mitgetheilt.

— [Petition eines kath. Geistlichen.] Ein kathol. Geistlicher, der ehemalige Pfarrer Braun aus Niederbayern, hat eine Beschwerde, „Verletzung der Verfassung, beziehungsweise wegen Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit und freien Religionsübung“ betreffend, eingereicht. Derselbe hat nämlich ein Buch geschrieben, in welchem er das Dogma von der unbefleckten Empfängniß Mariä bestritt; der Bischof von Passau hat ihn deswegen suspendirt, und gegen diesen oberhirtlichen Machtspruch wendet sich der Suspendirte nunmehr an die Kammer des Landtags.

Hannover. 15. Febr. [Aus den Kammern.] In der gestrigen Sitzung der Ersten Kammer beantwortete der Justiz-Minister v. Bar die Interpellation v. Alten's in Betreff der Pferde-Ausfuhr dahin: Die Regierung habe noch keine Maaßregeln gegen die Pferdeausfuhr ergriffen, werde aber die Angelegenheit fortwährend im Auge behalten. v. Alten beantragte darauf, genügend unterstützt: Die Regierung möge beim Bundestage ein Pferdeausfuhrverbot beantragen. — Die Zweite Kammer hat gestern die Einführung des Fallschwertes bei Hinrichtungen genehmigt; nur die protestantischen Geistlichen unter den Mitgliedern der Kammer erklärten sich dagegen. (H. B. H.)

Hannover, 16. Februar. [Die Zweite Kammer] hat gestern den Konferenz-Vorschlag auf Erhöhung der Gewerbesteuer und Personensteuer der Grundbesitzer mit 52 Stimmen verworfen.

Mecklenburg. Schwerin, 16. Febr. [Zur Baumgarten'schen Angelegenheit.] Die „Rostocker Z.“ schreibt: Im Verlage von Ad. Lehmann in Leipzig ist über die Baumgarten-sche Angelegenheit erschienen ein: „Gutachten der theologischen Fakultät zu Greifswald über das Rostocker Konsistorial-Erachten. Mit Genehmigung der Fakultät veröffentlicht.“ (38 S. gr. 8.) Das Gutachten ist vom Konsistorialrath und Professor Dr. Vogt, als Dekan der Fakultät, unterzeichnet, und hat dem Vernehmen nach den Professor Dr. Gaß zum Verfasser. Wie aus der Einleitung sich ergiebt, hat Herr Dr. Baumgarten selbst zur Abfassung dieses Gutachtens Anlaß gegeben, indem er von der Fakultät ein Votum begehrte „über den theologischen Charakter und Werth des in den beiliegenden Aktenstücken enthaltenen Erachtens des großherzoglich mecklenburgischen Konsistoriums überhaupt, so wie insbesondere, ob die darin ausgesprochene Beschuldigung einer fundamentalen Lehrabweichung seiner Theologie begründet sei.“ Um diese Fragen zu beantworten, prüft die Fakultät a) „Ob in dem Erachten die richtigen evangelischen Prinzipien und Formen der Beurtheilung für die Schätzung der in Betracht gezogenen Baumgarten'schen Schriften zu Grunde gelegt sind?“ b) „Ob der Thatbestand der Lehren und Aeußerungen Baumgarten's, welche so beurtheilt werden, gründlich und treu aufgefaßt und wiedergegeben ist?“ Das Ergebniß ist, daß nach Ansicht der Fakultät der von dem Erachten an die Lehren Baumgarten's angelegte Maaßstab zur Entscheidung über ihre kirchliche Zulässigkeit nicht als dem Wesen der evangelischen Kirche und Theologie genügend angesehen werden könne, und daß auch hinsichtlich der Auffassung und Darstellung der Baumgarten'schen Lehren nicht den Forderungen der Gründlichkeit, Unbefangenheit und Objektivität genügt sei, welche an ein Erachten zu stellen seien, das einen theologisch-wissenschaftlichen Charakter und eine amtliche Bedeutung von so entschiedenen Folgen haben solle. Die Fakultät bekennt demnach, daß, „wenn auch Baumgarten's Ausführungen im Einzelnen keineswegs von Irrigem und Uebertriebenem freizusprechen sind, doch die Beschuldigung der fundamentalen Lehrabweichungen, welche die Glaubensgemeinschaft der Kirche gefährden oder gar aufheben, nicht begründet sei.“

Sächs. Herzogth. Weimar, 16. Febr. [Geschenk des Großherzogs von Baden.] Vor Kurzem hat Se. K. H. der Großherzog von Baden dem Komité für Errichtung der Dichterdenkmäler in unsrer Stadt die Eröffnung zugehen lassen, daß nicht nur die versprochenen Piedestale der Dichterstatuen, sondern auch die dazu gehörigen steinernen Stufen, welche das Komité aus gleichem Material und in derselben badischen Werkstatt bestellt hatte, aus seiner (des Großherzogs) Schatulle bezahlt werden würden.

— [I. K. H. die Prinzessin von Preußen] ist gestern früh zum Besuch bei Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Großherzogin-Großfürstin hier eingetroffen.

Meiningen, 16. Febr. [Sittliche Zustände; Abnahme der Auswanderung.] Die gegenwärtig in Hildburghausen stattfindenden Assisen-Verhandlungen gewähren ein betrübendes Bild von dem sittlichen Zustande einiger Bevölkerungsklassen, da die meisten zur Aburtheilung kommenden Verbrechen Meineide und Vergehen gegen die Sittlichkeit sind. Auch eine Kindesmörderin saß dieser Tage auf der Anklagebank und ward zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. — Die veröffentlichten Auswanderungs-Verzeichnisse sind ein Beleg dafür, daß auch bei uns die überseeischen Auswanderungen ungemein abgenommen haben, indem solche fast gar nicht aufgeführt sind. (F. P. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 15. Febr. [Oestreich und Frankreich.] Ueber den die französische Thronrede betreffenden Artikel der „Oester. Corr.“ bemerkt die „Times“: „Endlich hat Oestreich sein Schweigen gebrochen. Zwar hat es sich nicht der mehr authentischen und diplomatischen Methode bedient, ein Rundschreiben an seine Vertreter bei den verschiedenen Höfen Europa's zu senden; aber es hat doch seine Ansichten über die gegenwärtige Krisis in den Spalten der amtlichen „Oester. Corr.“ ausgesprochen. Wir begrüßen diese der öffentlichen Meinung, wenngleich spät, so doch aufrichtig dargebrachte Huldigung als einen neuen Umstand zu Gunsten der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Das zum mindesten haben wir erzielt, daß es keine Macht mehr giebt, welche sich völlig zu isoliren wagt und, bloß auf die ihr zu Gebote stehenden materiellen Hülfsmittel bauend, Argumente und Beschwerdeführungen als die Zuflucht des Schwachen und Kleinmüthigen betrachtet und als einer Macht unwürdig, die über 500,000 Bayonnete zu verfügen hat. Nachdem Oestreich sich einmal entschlossen hat, vor dem Richterstuhle der öffentlichen Meinung zu erscheinen, so müssen wir bekennen, daß Oestreich keine Mühe spart, die Richter und den Kläger für sich zu gewinnen. Die Art, wie die Rede des Kaisers ausgelegt wird, ist so schmeichelhaft, daß sie beinahe an das Ironische grenzt.“ Die „Times“ räumt ein, daß das östreichische Schriftstück geschickt abgefaßt ist, meint aber, mit ein paar glatten Worten sei nicht Alles gethan. Die italienische Frage werde nicht wieder einschlafen. Zwar werde der Kaiser der Franzosen mit Rücksicht auf traurige Erfahrungen aus den Zeiten der Republik wohl klug genug sein, sich vor dem April auf keinen italienischen Feldzug einzulassen; habe aber bis dahin Oestreich nichts gethan, so sei allerdings die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß er das Schwert ziehen würde, indem er, ohne sich im Angesichte von ganz Europa furchtbar zu demüthigen, nicht gut einen Rückzug antreten könne. Das möge Oestreich wohl bedenken und deßhalb keine Zeit verlieren, um in einem amtlichen Rundschreiben die Bedingungen darzulegen, unter denen zu unterhandeln es bereit sei. „Oestreich möge bedenken“, heißt es zum Schlusse des Artikels, „daß der Kaiser der Franzosen noch keine von ihm eingenommene Position geräumt hat, daß seine Rüstungen ununterbrochen fortdauern und daß es eine selbstmörderische Thorheit sein würde, wenn es versäumte, entgegenkommende Schritte zu thun, die entweder den Krieg ganz verhindern, oder Oestreich eine Stellung verschaffen würden, in welcher es für jetzt über die Sympathie und für die Zukunft über den Beistand Europa's gebieten könnte.“

— [Parlament.] In der gestrigen Oberhaussitzung begehrt Lord Wodehouse von dem Staatssekretär des Auswärtigen die Vorlegung der mit der amerikanischen Regierung in Bezug auf das Durchsuchungsrecht gewechselten Korrespondenz. Namentlich lenkt er die Aufmerksamkeit des Hauses auf eine Depesche des Generals Caß, in welcher derselbe, ohne einen eignen Plan zur Abhülfe der vorhandenen Uebelstände vorzubringen, erkläre, es könne kein Durchsuchungsrecht zum Zwecke der Feststellung der Flagge gestattet werden. Lord Malmesbury erklärt, es stehe der Vorlegung der betreffenden Korrespondenz nichts im Wege. Dieser Notenwechsel werde deutlich zeigen, daß er den Rechten Großbritanniens durchaus nichts vergeben habe. Das Durchsuchungsrecht habe seinen Ursprung in einer Zeit gehabt, wo die Macht der englischen Flotte eine unwiderstehliche gewesen, und wo eben diese Flotte die einzige gewesen sei, welche habe hoffen dürfen, den Sklavenhandel zu unterdrücken. Doch stütze sich das Durchsuchungsrecht nicht auf legale Gründe und habe keine Stütze in dem Völkerrechte. Gleich nachdem eine neue französische Flotte erstanden sei, habe Frankreich den Engländern das Durchsuchungsrecht abgesprochen, und Amerika sei dem Beispiele Frankreichs gefolgt. England habe die alte Bahn zu lange eingehalten. Wenn aber England geneigt gewesen sei, in ein Extrem zu fallen, so sei Amerika geneigt gewesen, in das andere zu fallen. Allerdings habe sich die schroffe amerikanische Auffassung hinterher modifizirt, indem General Caß erklärt, unter Umständen könne eine Visitation gerechtfertigt sein, jedoch stets auf das Risiko der Durchsuchenden hin. Wenn es aber bei der Durchsuchung ordentlich hergehe, so werde sich keine Regierung darüber beklagen. Es sei eine identische Signalordnung für die französischen und die englischen Schiffe vereinbart worden, und er hoffe, Amerika werde derselben beitreten. Von Seiten der Vereinigten Staaten seien Zusicherungen eingetroffen, welche den aufrichtigen Wunsch kundgäben, den Sklavenhandel zu unterdrücken. Auch sei ein Plan von Seiten der Regierung der Verein. Staaten eingetroffen, welcher darauf abziele, dem Menschenhandel in wirksamerer Weise, als bisher, entgegen zu arbeiten. Die franz. Regierung habe dem System der sog. freien Einwanderung in der offensten und freimüthigsten Weise entsagt. Eines aber, sagt der Redner zum Schlusse, thut noth zur Erreichung dieses Zweckes, und dieses Eine ist der Friede. (Hört! hört!) Als der russische Krieg begann, war der Sklavenhandel beinahe todt. Seine vollständige Unterdrückung ward durch jenen Krieg verhindert, und wenn wir nur glücklich genug sein sollten, uns einige Jahre lang der Segnungen des Friedens zu erfreuen, so hege ich die Ueberzeugung, daß der Menschenhandel vollständig verschwinden wird. Nun haben wir aber jetzt allen Grund, zu hoffen, daß die Segnungen des Friedens unser harren. Die Ansprache, welche der begabte und mächtige Beherrscher Frankreichs an die französischen Kammern richtete, legt davon aus bester Quelle Zeugniß ab, insofern der, von dessen Lippen diese Worte fielen, allmächtig für Frieden oder Krieg ist. Wir haben seine Versicherung, daß die Ruhe aufrecht erhalten werden wird, und wir haben keinen Grund, an seinem Worte zu zweifeln, da kein Mann jene Verträge, welche zu beobachten er bei seiner Thronbesteigung im Jahre 1852 versprach, treuer und ehrlicher beobachtet hat (s. Tel. in Nr. 38). Ich hege daher, Mylords, das stärkste Vertrauen auf die Aufrechterhaltung des Friedens, und die Fortdauer dieser Segnung ist, davon bin ich überzeugt, alles, was noth thut, um einem Handel ein Ende zu machen, der an und für sich scheußlich ist, und für dessen Vernichtung England so viele und große Opfer gebracht hat. Lord Clarendon stellt in Abrede, daß die vorige Regierung, oder überhaupt frühere Regierungen, in Friedenszeiten ein Durchsuchungsrecht beansprucht hätten. Ein solcher Anspruch würde dem Völkerrecht zuwider laufen. Doch müsse irgend ein Mittel ersonnen werden, um die Nationalität eines Schiffes zu konstatiren. Doch sei hierzu ein allgemeines Gesetzbuch nothwendig, nicht eines, welches sich auf die drei bedeutendsten Seemächte beschränke. Lord Aberdeen verliest eine von ihm vor 20 Jahren geschriebene Depesche, um darzuthun, daß die von der jetzigen Regierung aufgestellten Grundsätze keineswegs neu seien. Lord Derby spricht die Hoffnung aus, daß es zwischen der französischen, der englischen und der nordamerikanischen Regierung zu einer Vereinbarung über die Mittel, die Nationalität eines Schiffes zu konstatiren, kommen werde.

In der Unterhaus-Sitzung sagt der Schatzkanzler die Vorlegung der Reformbill für den 28. d. M. zu. Lord Stanley bittet um Erlaubniß zur Einbringung einer Bill, welche die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe von 7,000,000 Pfd. St. für Indien bezweckt. Aus seiner Auseinandersetzung der Finanzlage Indiens geht hervor, daß bei Ausbruch der Meuterei das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben beinahe wiederhergestellt war. Für 1857—58 liegen noch keine genauen Berichte vor; doch schätzt man die Einnahmen auf 31,544,000 Pfd. St. und die Ausgaben auf 39,129,000 Pfd. St. Die Einnahme für 1858—59 wird auf 33,016,000 Pfd. St., die Ausgabe auf 45,629,000 Pfd. St. veranschlagt, was für die beiden Jahre seit Ausbruch der Meuterei ein Deficit von 21,600,000 Pfd. St. ergeben würde. Schließlich erklärt Lord Stanley, er ändere die Form seines Antrages und ersuche das Haus, sich in der nächsten Sitzung als Comité zu konstituiren, bei welcher Gelegenheit er Resolutionen beantragen werde, die den Staatssekretär für Indien zur Aufnahme einer Anleihe ermächtigten. Der Antrag wird in dieser Form angenomen.

— [Die Presse über die Doppelwahl Cousa's.] Der „Morning Herald“ erklärt sich in amtlichem Tone gegen die Gültigkeit der Doppelwahl, die Alexander Cousa zum Hospodaren der beiden rumänischen Fürstenthümer machen würde. Nach dem Wortlaut der Uebereinkunft vom 19. August 1858 könne eine und dieselbe Person unmöglich beide Aemter bekleiden. Die Folge sei, daß ein Kongreß in Paris zusammentreten müsse; und man habe Grund zu glauben, daß die Unterzeichner des Vertrages von 1856 auf das Verlangen der Pforte diese Maaßregel beschlossen haben. Der „Herald“, das einzige Blatt, das den Zusammentritt der Konferenzen mit Bestimmtheit anmeldet, schließt, es könne nicht den geringsten Zweifel leiden, daß Alles „in würdevoller und vollkommen gütlicher Weise geordnet werden wird.“ Der „Spectator“ dagegen bemerkt, daß, „wenn jene Wahl auch nicht die beste zum Glück des gewählten Hospodars sein dürfte, man doch am Ende fragen könne, ob diese Lösung durch Zufall nicht die beste für die rumänischen Lande sein möchte. „Die Erwählung“, sagt das letztgenannte Blatt, „ist ein natürliches Erei niß, sie kam unerwortet, sie ist eine versuchsweise Vermählung der Fürstenthümer, eine annähernde Föderation, und würde es nicht der Mühe lohnen, zu sehen, ob sie sich bewähre? Sie ist überdies ein selbstgeschaffenes Faktum, und wenn sie zum Wachsthum, zur Kräftigung und Entwickelung des Donau- und des Pruththales führt, und die Rumänen von äußeren Einflüssen befreit, kann sie der erste Schritt zur Bildung jener Vereinigten Staaten Europa's werden, welche die beste Lösung der orientalischen Frage zu bieten scheinen.“

Frankreich.

Paris, 15. Febr. [Die Aufgabe der Konferenz.] Die öffentliche Meinung wird jetzt häufig von dem Einflusse entgegengesetzter Strömungen hin und her getrieben, und wechselt je nach den Eindrücken des Augenblicks die Farbe. Kaum ist einer der vorhandenen Streitpunkte gelöst oder wenigstens vertagt, so tritt ein anderer hervor, der die Gemüther in Bewegung setzt. Jetzt ist es die bevorstehende Konferenz, deren Zusammentritt mit gespannter Erwartung entgegengesehen wird. Obgleich ihre eigentliche Thätigkeit nur auf die Modifikationen gerichtet sein soll, welche bei dem Reglement über die Donauschifffahrt sich als wünschenswerth herausgestellt haben, so werden doch wahrscheinlich auch die durch die Doppelwahl des Obersten Cousa für die Moldau und Walachei entstandenen Schwierigkeiten in Betracht gezogen werden (s. Tel. der gestr. Ztg.). Diejenigen, welche von dem Ausbruch eines Krieges, besonders unter den gegenwärtigen Umständen, große Nachtheile für die moralische und materielle Wohlfahrt der Völker besorgen, geben sich der Hoffnung hin, daß die zu erwartende Konferenz, wie ihre Vorgängerin, sich außer ihrer besondern Aufgabe auch mit Hinwegräumung der Hindernisse beschäftigen wird, welche der Erhaltung des Friedens entgegenstehen können. Daß die italienischen Angelegenheiten in dieser Beziehung obenan stehen, ist von selbst klar. Sie waren auf der ersten Konferenz besprochen, aber nicht zum Austrag gebracht worden, sondern hatten nur den zwischen Oestreich und Sardinien bestehenden Gegensatz noch stärker hervortreten lassen. Es entsteht nun die Frage, in welchen Formen und mit welchem Ergebniß sie jetzt behandelt werden könnten. Der „Indépendance wird aus Paris geschrieben, daß Oestreich bei der bevorstehenden Konferenz keinen derselben ursprünglich fremden Gegenstand zur Berathung zulassen werde. Es kann indessen zweifelhaft erscheinen, daß eine Versammmlung von Vertretern der großen Mächte sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf eine Berathung über die Donauschifffahrt beschränken würde, und es ist fast undenkbar, daß Oestreich eine solche Forderung aufstellen sollte. Der schwierigste Punkt in der zu lösenden Frage scheint übrigens nicht im östreichischen Italien, sondern im Kirchenstaat zu liegen. Oestreich besitzt mehr Mittel, als nöthig sind, um die öffentliche Ruhe im lombardisch-venetianischen Königreich zu erhalten. Anders verhält es sich mit dem Papst. Die Anwesenheit fremder Truppen in seinem Staate sei, so meint man, auf die Dauer mit seiner Stellung als unabhängiger Souverän unvereinbar und müsse deshalb aufhören. Frankreich und Oestreich glauben aber, daß die päpstliche Regierung nach der Entfernung der fremden Truppen außer Stande sein würde, die innere Ruhe aufrecht zu halten. Der einzige Ausweg aus dieser Schwierigkeit wäre die Einführung von Reformen im Kirchenstaat, zu denen aber die Mehrheit des Kardinalkollegiums nicht geneigt sein soll. Außerdem sei zu besorgen, daß, wenn im Kirchenstaate Verbesserungen eintreten, dieselben auch im lombardisch-venetianischen Königreiche verlangt werden und die dort zwischen Regierung und Volk bestehende Spannung vermehren würden. (Pr. Z.)

— [Tagesbericht.] Hr. v. Salignac-Fenelon, französischer Gesandter in Frankfurt, hatte gestern eine Audienz beim Kaiser. Derselbe befindet sich seit drei Tagen in Paris. Herr v. Cintrat, der Frankreich in Hamburg repräsentirt, ist ebenfalls hier angekommen. Beide sollen nach Paris berufen worden sein, um hier einigen Aufschluß über die Stimmung in Deutschland zu geben, über die man sich hier noch immer falsche Vorstellungen zu machen scheint. — Herr v. Bel-Castel, Sekretär der diesseitigen Botschaft in Berlin, welcher vor einigen Tagen mit Depeschen des Marquis v. Moustier hier eingetroffen war, ist heute auf seinen Posten zurückgereist. — Das Gehalt des französischen Generalkonsuls in Japan, Hrn. Duchesne-Bellecour, wurde auf 50,000 Fr. festgesetzt. — Die Division Renault, welche bekanntlich aus den auf der Krimm und in Kabylien erprobten Kerntruppen besteht, ist mit allem Kriegsbedarf in Algier eingeschifft worden, so daß sie sofort ins Feld rücken kann. Auch hat General Mac Mahon dem Vernehmen nach Weisung, die Cadres einer zweiten Division für mögliche Fälle zu formiren. Auch in den Mittelmeer-Häfen gehen die Rüstungen ihren Gang. — Der „Moniteur“ zeigt heute an, daß die Dampffregatte „Christophe Colombe“ von Algier am 12. Febr. in Marseille eingetroffen sei, daselbst Truppen ausgeschifft, sich dann sofort nach Toulon gewandt und am 13. die Rückreise nach Algier angetreten habe. Die Dampffregatte „Ulloa“ trat am 13. die Fahrt nach Alexandrien an. Bekanntlich hat diese Fregatte Truppenverstärkungen für das Expeditionskorps in Anam an Bord; dieselben gehen über Suez nach dem Rothen Meere, wo der „Duchayla“ sie aufnehmen und nach der Turon-Bai bringen wird. — Beim kaiserl. Buchdrucker Plon erscheint eine neue, sehr kriegerisch gehaltene Broschüre: „France et Italie.“ — Wie die „Gazette du Midi“ berichtet, haben Fischer eine große Austernbank gefunden, die sich vom Hafen La Seyne bis gegen den Balaguir-Thurm auf der Westseite des Marseiller Hafens hinzieht und, wie in dem Berichte an den Marineminister versichert wird, jährlich eine Ausbeute von mehreren Millionen liefern kann.

— [Der Wiederzusammentritt der Konferenz] gilt jetzt für eine beschlossene Sache; der Zeitpunkt steht indeß noch nicht ganz fest, und über die Tagesordnung finden noch bedeutende Meinungs-Verschiedenheiten statt. Der Termin wird dem Vernehmen nach erst bestimmt werden, wenn man über die Vorfrage zu einiger Verständigung gelangt ist. Was zuerst den Ort der Konferenz anbetrifft, so entschließt das Wiener Kabinet sich nur ungern für Paris, und in Betreff der Cousa'schen Doppelwahl haben Frankreich, Rußland und Sardinien zwar noch keine Uebereinkunft getroffen, doch gilt, wie ausdrücklich gemeldet wird, ihr eifriges Zusammenwirken zur Verwirklichung der Union als gewiß, während Oestreich noch eben so anti-unionistisch ist. Auch in der Frage wegen der Donauschifffahrt zeigt der Wiener Hof noch immer keinen Eifer; doch wird diese Angelegenheit wohl die wenigsten Schwierigkeiten bieten. In Betreff der italienischen Frage herrscht in den Kabinetten dagegen noch eine, allem Anscheine nach sehr schwer zu beseitigende, Verschiedenheit der Auffassung. Oestreich ist, so wird versichert, fest entschlossen, auf der Konferenz in keine Diskussion über diesen Punkt einzugehen, ja, jeden mittel- oder unmittelbaren Versuch, die Sache zur Sprache zu bringen, sich sofort zu verbitten. Es fragt sich also, ob die übrigen Mächte Oestreichs Empfindlichkeit schonen, oder ob es Frankreich im Laufe der Verhandlungen noch gelingen wird, die eine oder die andere der sieben Konferenz-Mächte auf seine Seite zu ziehen.

— [Konferenz oder Krieg?] Man hegt hier fortwährend Zweifel, mit welchem Grade von Ernst die Regierung die Kongreßabsichten betreibt. Möglicherweise ist ihr die Maske bequem; sie beruhigt in etwas die fremden Höfe und den Puls der Börse, ohne daß dabei der Eifer leidet, mit welchem in Frankreich selbst die Kriegsrüstungen fortgesetzt werden. Der Kaiser kann schwerlich erwarten, aus solchen Verhandlungen auch nur annähernd ein Ergebniß zu gewinnen, wie Herr Laguerronnière es in seinem Namen vorgezeichnet. Oestreich wird es an Nachgiebigkeit in einzelnen Punkten nicht fehlen lassen, in der Hauptsache aber sich hinter die diplomatisch nicht angreifbaren Verträge verschanzen. In solcher Stellung kann es jedem Prozesse trotzen, der ihm von der öffentlichen Meinung gemacht werden sollte; diese würde nach Allem noch entschiedener als jetzt einen ungerechten Angriffskrieg im Style des ersten Kaiserthums eingeleitet sehen. Der Kaiser würde auf diesem Wege nicht den soliden casus belli gewinnen, der sich bis jetzt nicht einstellen wollte, und die pomphaften Reden von Frankreichs civilisatorischem Berufe würden in einigen Monaten nur noch fadenscheiniger geworden sein. Selbst abgesehen von des Kaisers Vorliebe für überraschende Handstreiche, von welcher der 2. Dezember 1851 zeugte, hat er diesmal besondere Ursachen, zu wünschen, daß der Krieg „kurz und scharf“ sei, wie man vor einigen Jahren Rußlond gegenüber so oft wiederholte. Die französische Bourgeoisie würde eine lange Unterbindung ihrer Lebensadern nicht ertragen. Das englische Volk, das für einen Krieg zum Heil Oestreichs nur langsam zu erwärmen ist, würde doch mit der Zeit immer tiefer in den Ingrimm gegen den schlimmsten Störenfried des Zeitalters hineingerathen. Der deutsche Bund würde sich nach und nach in die bedrohlichste Verfassung setzen. Es liegt auf der Hand, daß Frankreich die Vorzüge seiner einheitlichen, rasch gesammelten Kraft nur dann ausbeuten kann, wenn es sie ohne langes Zögern verwendet. Jede Säumniß verstärkt das Netz einer Koalition, dessen Maschen es später umsonst zu durchbrechen versuchen würde. Diese Verhältnisse werden ohne Zweifel in den Tuilerien erwogen, und man hat Ursache, gegen die Kongreßgerüchte vorläufig noch Mißtrauen zu hegen (?), auch wenn sie in den offiziösen Blättern auf höhern Befehl einige Pflege empfangen sollten. (N. Z.)

— [Rede des Archimandriten Josaphat.] Der Archimandrit Josaphat hat vorgestern in der rumänischen Kirche von Paris eine merkwürdige Rede gehalten. Dieselbe lautet folgendermaßen:

Meine Brüder! Wenn ein Kandidat zum Fürsten oder Kaiser von der Majorität einer gesetzlich zusammenberufenen Versammlung gewählt wird, so muß man den Erwählten nach den weltlichen Gesetzen als legitim betrachten, und die Kirche, die Gebete für ihn verrichtet, bezeichnet ihn dann unter dem Namen des Gesalbten des Herrn, indem sie auf diese Weise seine Erhebung und die Autorität heiligt, die er ausüben wird. Die Wahl Alexander Johann's I. zum Fürsten in den vereinigten Fürstenthümern ist mehr als legitim, weil sie nicht von einer einfachen Majorität, sondern von einer bewunderungswürdigen Einstimmigkeit in den beiden verschiedenen Versammlungen hervorgerufen wurde, woraus folgt, daß sie zweifach legitim und er auf doppelte Weise der Gesalbte des Herrn ist. Meine Brüder! Die Größe dieser Handlung, ohne Beispiel in der Welt, in welcher sich die Hand Gottes augenscheinlich zeigt, erregt die Bewunderung der Rumänen, und Wonne erfüllt ihre Herzen. Jauchzen wir laut, denn heute hat sich die Sonne der Wahrheit an unserem Horizonte gezeigt und die Wolken verscheucht, die uns mit Finsterniß umhüllten. Jauchzen wir laut; denn die Rumänen haben Europa auf feierliche Weise die Gerechtigkeit und die Legitimität der Forderungen bewiesen, die in den Divans ad hoc gestellt wurden. Jauchzen wir endlich, weil die Deputirten der Rumänen nicht weniger patriotisch waren, als die der Römer, unserer Vorfahren. Aber vor Allem richten wir an Gott ein heißes Gebet für die Gesundheit Napoleon's III., der so warm unsere Rechte unterstützte, indem er ihre Legitimität proklamirte. Beten wir zugleich für die Gesundheit unseres neuen Fürsten Alexander Johann I., damit er seiner feierlichen Erklärung gemäß in Frieden regiert und in das Vaterland die Gerechtigkeit zurückführt, die seit so vielen Jahrhunderten daraus verbannt war. Möchte er mit der Unterstützung der wahren Patrioten und unter dem Beistande Gottes das Glück des rumänischen Volkes gründen, und es verdienen, daß sein Name mit Ruhm genannt werde von Geschlecht zu Geschlecht.

— [Französische Denkschrift.] Der „Ind. belge“ wird von hier geschrieben, daß die französische Regierung eine Denkschrift an die europäischen Mächte vorbereite, worin noch einmal alle Beschwerdepunkte über Oestreichs Politik in Italien aufgezählt und nachgewiesen werde, daß nicht die französische Regierung es sei, welche die Verträge gebrochen habe. Der Gedankengang dieser Denkschrift soll folgender sein: „Die dermalige Lage ist voller Gefahren. Diejenigen, welche dieselben zur Sprache gebracht, läugnen dies keineswegs, da sie überzeugt sind, daß in jetziger Zeit das alte Schweig-System der Diplomatie nicht mehr ausreicht, sondern eine unumwundene Sprache nöthig ist; Europa bedarf ungleich mehr der Ruhe und der Mäßigung, als der Aufregung; Frankreich hat fünfzig Jahre gerungen, um eine seinen sozialen Bedürfnissen gemäße definitive Form zu erlangen; seine jetzige Regierung hat Beweise ihrer Güte und Mäßigung gegeben, es gilt jetzt, die gemachten Erfahrungen anzuwenden. Frankreich will den Frieden, doch es scheut auch den Krieg nicht.“

Paris, 16. Februar. [Telegr.] Wie der heutige „Moniteur“ meldet, ist der Entwurf des Senatus-Konsults in Betreff der Erhöhung der Dotation der Prinzen und der Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses von 1,500,000 Fr. auf 2,200,000 Fr. und der Feststellung der Heiraths- und Einrichtungskosten des Prinzen Napoleon auf 800,000 Fr., so wie des Witthums der Prinzessin Clotilde dem Senat vorgelegt worden.

Schweiz.

Bern, 15. Febr. [Wahlunruhen.] Die Regierung von Tessin verlegte zwei Kompagnien nach Magliasina, wo bei den Wahlen einer getödtet, zwei Liberale schwer verwundet wurden. Bekannt sind die Wahlen von 57 Liberalen, 20 Konservativen. (Schw. M.)

— [Ueber das Sektenwesen im Kanton Bern] enthalten die Verhandlungen der Kirchensynode Folgendes: Von den eigentlichen Dissidenten sprechen nur einige Berichte, und alle sind einig, daß ihre Zahl und ihr Einfluß abnimmt. Die Dissidenten sind im Allgemeinen fromm und sehr eifrig für christliche Werke; gegen die Landeskirche und ihre Prediger verhalten sie sich verschieden; an einigen Orten offenbaren sie einen hochmüthigen, feindlichen Geist. Die Darbysten nehmen in der Stadt Bern ab; den Pfarren und der Kirche sind sie entschieden feind. Die alten Wiedertäufer, die besonders im Jura viel Anhang haben, machen keine Proseliten und zeichnen sich durch Frömmigkeit und Sittenstrenge aus. Die Neutäufer sind sehr verbreitet: die Sekte ist schlimm wegen ihrer Grundsätze; sie verdammen alle, welche nicht zu ihnen gehören, sind erfüllt von einem proselitenmacherischen Geiste, verfolgen die Anhänger der Kirche; ihre Lehren sind schlecht, sie haben kommunistische Prinzipien, welche, praktisch angewendet, sie ins Zuchthaus führen. Die Irvingianer sind in der Stadt, wo sie einen Tempel gebaut haben, zahlreich. Antonianer trifft man im Oberland und Mittelland. Die Mormonen haben vergebliche Versuche angestellt, in den verschiedenen Landestheilen Wurzel zu fassen. (Pr. Z.)

— [Eine Reminiszenz.] Der schweizerische „Handelskurier“ theilt jetzt als ein historisches Dokument die Proklamation mit, die Louis Napoleon bei der Landung in Boulogne an das französische Volk erlassen. Es heißt darin u. A.: „Ich erscheine unter Euch als warmer und aufrichtiger Demokrat und Republikaner. Ich nehme den großen Schatten des Mannes des Jahrhunderts zum Zeugen der Versprechungen, die ich feierlich hier mache: ich werde, wie es immer war, ein Kind Frankreichs sein. In jedem Franzosen werde ich immer einen Bruder sehen. Die Rechte eines Jeden werden meine Rechte sein. Die demokratische Republik wird der Gegenstand meines Kultus, ich werde ihr Priester sein. Nie werde ich versuchen, mich in den kaiserlichen Purpur zu hüllen. Mag mein Herz in meiner Brust verdorren an dem Tage, wo ich vergesse, was ich Euch Allen, was ich Frankreich schuldig bin. Mag mein Mund sich für immer schließen, wenn ich je ein lästerndes Wort gegen die republikanische Souveränetät des französischen Volkes aussprechen werde. Möge ich verwünscht sein, sobald ich aus Schwäche dulden würde, daß man unter dem Schilde meines Namens Lehren verbreitete, die dem demokratischen Prinzipe, das die Regierung der Republik leiten soll, widersprächen. Möge ich hochgerichtlich verurtheilt werden, wenn ich sträflich und verrätherisch versuchen würde, eine schändende Hand an die Rechte des Volkes zu legen; sei es mit seiner Zustimmung, indem ich es täusche, sei es gegen seinen Wunsch durch die Gewalt. Und jetzt glaubt an mich, wie ich an Euch glaube, und möge der Ruf aus Aller Brust dringen, wie ein Gebet zum Himmel: es lebe auf immer die Republik!“

Italien.

Turin, 13. Febr. [Vom Senat; Rüstungen; russische Eskadre; Werbungen.] Das Nationalgarde-Modifikations-Gesetz stößt im Senat auf Schwierigkeiten; Genua's Befestigung ist dagegen von dieser Versammlung einstimmig bewilligt worden. — Die Rüstungen sind nicht unterbrochen; auch sind zwei Werbebüreaus für Freiwillige errichtet. Der k. Adjutant General Cialdini inspizirt die Provinz Jorea. — Eine russische Mittelmeer-Eskadre soll bis März in Villafranca versammelt sein. — Die „Armonia“ will wissen, daß die Werbebureaus auch Freiwillige aus anderen Theilen Italiens zu engagiren bestimmt sind, während der „Chroniquer“ von Freiburg in der Schweiz versichert, daß in mehreren Kantonen die Bildung sogenannter piemontesischer Freikorps beabsichtigt und vorbereitet werde.

— [Ein heftiger Erdstoß] in Gessopalena (Abruzzo citeriore) in den letzten Tagen v. M. hat nicht nur Häuser zum Einsturze gebracht, sondern auch Bäume entwurzelt und Wasserströme aus dem Innern der Erde emporgehoben, die eine reiche Landschaft in einen tiefen See verwandelten.

Spanien.

Madrid, 10. Februar. [Tagesnotizen.] Die amtliche Zeitung meldet, daß Herr J. Mieg, ein deutscher Naturforscher, welcher seit mehreren Jahren bei dem chemischen Kabinet Ihrer Majestäten angestellt war, gestorben ist. — Wie die „Correspond. autogr.“ versichert, lauten die amtlichen und telegraphischen Nachrichten aus allen Theilen Spaniens sehr befriedigend; nirgends zeigt sich das geringste Zeichen einer Ruhestörung. — Wie aus Turon berichtet wird, soll, auf Antrag des Paters Gaenza, ein französisches Dampfboot nach den Küsten Tonkins abgehen, um die Bischöfe und Missionare zu retten und sie nach Makao zu bringen.

Madrid, 14. Febr. [Telegr.] Die „Gaceta“ veröffentlicht eine Vorstellung, von 6000 Einwohnern Cuba's unterzeichnet, worin sie sich energisch gegen jede etwaige Veräußerung der Insel aussprechen. — Morgen werden sich die Abgeordneten zahlreicher Provinzen versammeln, um sich über die Frage der Getreideeinfuhr zu berathen. — Die Königin begnadigte den Engländer, der zu Algesiras eine spanische Schildwache schlug. — Nach den neuesten Nachrichten aus Mexiko kamen neue Attentate auf die Spanier vor; Mörder drangen plündernd und mordbrennend in die Pflanzungen von Cuernaracca ein. Die dort befindlichen Spanier retteten sich nur durch schleunige Flucht.

Rußland und Polen.

Petersburg, 9. Febr. [Die französische Thronrede; militärische Regsamkeit; Trunksucht; Bankierhaus in Petersburg; Literarisches; Aktiengesellschaften; Witterung.] In der französischen Thronrede sieht das „Journ. de St. Petersbourg“ einen neuen Beweis, daß Kaiser Napoleon Europa den Frieden zu erhalten wünsche, daß er ihn aber nicht garantire. — Ueber die militärische Regsamkeit in Rußland meldet die „Börsen-Halle“: Trotz der Versicherungen der „Petersburger Zeitung“ sei es an dieser Stelle gestattet zu wiederholen, daß man wirklich den Plan der Wiederherstellung des Hauptquartiers und dessen Generalstabes der zweiten Armee (4., 5. und 6. Korps) in Kischenew ventilirt. Die Beurlaubungen in der zweiten Armee sind sistirt, und angeordnete Dislokationen weisen darauf hin, daß in den Landschaften an der südwestlichen Grenze die Truppenmasse, wenn auch nicht vermehrt, so doch gewiß nicht vermindert, vielmehr konzentrirt werden wird. — Nach dem Rechenschaftsbericht des Ministeriums des Innern pro 1842 und 1843 hatten sich in diesen Jahren 939 und 924 Personen zu Tode getrunken. Im Jahre 1856 aber starben 1500 Menschen an den Folgen der Trunksucht. Es hat sich demnach im Laufe von 13 Jahren die Anzahl der an diesem Laster Gestorbenen um mehr als die Hälfte vergrößert. Im laufenden Jahre aber wird sich hoffentlich eine bedeutende Verminderung des Branntweingenusses herausstellen. Die Mäßigkeitssache macht sich nämlich in Rußland mächtig Bahn, wie Berichte aus den Gouvernements Wologda, Nischnei-Nowgorod u. A. bestätigen. Allerdings ist augenblicklich die Preissteigerung des Branntweins die Hauptursache dieser Enthaltsamkeit, es ist jedoch zu hoffen, daß, wenn die Trunksucht einmal besiegt ist, dieselbe nicht mehr die frühere, verheerende Gewalt wird gewinnen können. — Das „Journal für Aktionaire“ hierselbst dementirt die in meheren hiesigen und auswärtigen Zeitungen vertretene irrige Ansicht, als könnte das Glaubensbekenntniß der Rothschilds ein Hinderniß zur Etablirung eines Bankierhauses in Petersburg abgeben, von dessen nahe bevorstehender Begründung hier alle Welt überzeugt ist. Das Journal setzt auseinander, daß dem Minister des Innern das Recht zustehe, den zeitweiligen Aufenthalt von ausländischen Juden in Petersburg nach Umständen zu genehmigen und ihnen jede mögliche Vollmacht zum Abschluß finanzieller Operationen zu ertheilen. — Als ein Kuriosum führen wir an, daß das Manuskript „Oblomow“, Gontscharow's letzter Roman, wofür ein Buchhändler bereits 20 Tausend Frs. geboten hatte, vom Grafen Bezborodki schon beinahe für 30,000 Frs. erstanden ward, der damit dem „Rußkoje Slowo“

ein Geschenk machen wollte, als der unternehmende Krajewskij für den Roman 40,000 Frs. bot, für welche Summe er denn nun (ein Roman auf dem Wege des Meistgebots!) den vaterländischen Annalen zugeschlagen wurde. Bis jetzt ist erst der Anfang des Romans erschienen; das Publikum aber ist der Meinung, daß auch das Erstgebot für den Roman zu hoch gewesen sei, geschweige dasjenige, wofür der „Oblomow" erhandelt ward. — In Olonez etablirt sich augenblicklich eine Aktien-Gesellschaft zur Förderung des Handels und der Industrie im Gouvernement. Veranlassung bieten die großen Schätze an Landes-Produkten aller Art, besonders aber an Bau- und Brenn-Material, Schätze, die sich bisher wegen Mangel an Transportmitteln noch gar nicht haben verwerthen lassen. Eine andere Aktien-Gesellschaft wird durch vier Rigaer Kaufleute gebildet, welche so eben die Erlaubniß erhalten haben, einen Verein zu gründen unter der Firma: „Aktien-Gesellschaft der Rigaer Schreibpapier-Fabrik." Wie aus dem von der „Senats-Zeitung" so eben veröffentlichten Statut zu ersehen ist, wird die Fabrik in Ingelshof bei Riga errichtet. Die Gesellschaft braucht ein vorläufiges Betriebs-Kapital von 15,000 R. S. und emittirt zu diesem Zwecke 600 Aktien à 250 R. S. Späterhin können, wenn das Unternehmen den gehofften Fortgang hat, weitere 600 Aktien ausgegeben werden. — Seit Mitte vorigen Monats haben wir hier unleidliches Wetter, grauen Himmel und stete heftige Regengüsse. Keine Spur Frost und Schnee! Man glaubt kaum mehr, daß wir unter dem 60. Grad der nördlichen Breite leben. Dagegen versichern uns Reisende aus Sibirien, daß daselbst eine furchtbare Kälte herrsche, welche schon im Januar auf 35 Gr. R. und darüber gestiegen sei. So bewährt sich denn wieder unser Ural-Gebirge als eine Scheidemarke der Witterung.

— [Schiffbruch; Champagner-Einfuhr.] Ueber den Untergang des preußischen Schiffes „Urania" am Strande von Tibau meldet der Bote der Ostseeprovinzen jetzt näheres. Derselbe liefert ein trauriges Seitenstück zu dem Unfall in Taganrog. Denn auch hier ging nicht blos die ganze Mannschaft jenes Schiffes zu Grunde, sondern auch die Schiffer, welche von der Küste aus dem Havarie erleidenden Fahrzeug zu Hülfe eilen wollten, fanden sämmtlich ihren Tod in den Wellen. Man hat bis jetzt schon mehr als 30 Leichen aufgefischt. — Nach dem „Oekonomischen Anzeiger" ist die Einfuhr der französischen Champagnerweine von 1847 ab bis zum Jahre 1857 sehr gestiegen. Dieselbe betrug 1847: 878,989 Flaschen, 1854 sogar nur 719,786, und 1855: 665,412, dagegen 1856: 977,979, und 1857: 1,032,503.

* — [Verbot des „Parus".] Aus Petersburg meldet man, daß neuerdings Seitens der kaiserlichen Regierung das fernere Erscheinen der neu gegründeten Moskauer Zeitung „Parus" verboten worden ist. Alle Bemühungen des Chefredakteurs Aksakoff um Zurücknahme des Verbots sollen vergeblich gewesen sein. Im Ganzen waren erst zwei Nummern dieser Zeitung erschienen.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 11. Februar. [Erdsturz.] Aus Tönsberg wird berichtet, daß dort gestern Morgen im nördlichen Stadttheile sich wieder ein Erdsturz gezeigt hat. Die Einwohner der übrigen Straßen räumten ihre Häuser.

Asien.

Bombay, 25. Januar. [Der Aufstand in Audh.] Nach offiziellen telegraphischen Berichten war die Rebellion im Königreich Audh vollständig unterdrückt. Die Begum, und wie man annimmt, auch Nena Sahib sind nach Nepaul geflohen. Tantia Topi und die Rebellen von Rohilcund haben neuerdings eine starke Niederlage erlitten. In Nizam haben Ruhestörungen stattgefunden.

— [Zusammenstoß in Madras.] Der „M. Star" hat Nachrichten aus Ostindien, denen zufolge in Madras die Regierungstruppen mit den Eingebornen handgemein wurden, weil der englische Befehlshaber gewissen Religionssatzungen der Hindus zu nahe getreten. Die Priester eines großen Hindutempels wollten nicht, daß der Leichnam eines Eingebornen der Halbkaste durch die Straße, worin der Tempel liegt, gebracht werde und stützten sich dabei auf eine von den Engländern selbst ausgegangene Weisung. Der englische Befehlshaber kehrte sich jedoch daran nicht, worauf der Zug mit Steinen angegriffen wurde und die Engländer Feuer gaben. Zehn Eingeborne wurden getödtet und 30 verwundet.

Persien. — [Feruk Khan] ist, nach Berichten über Konstantinopel, in Disponibilität versetzt worden; das Scheitern seiner Zollverhandlungen mit der Türkei soll Anlaß zu dieser Maaßregel gegeben haben.

— [Judenkolonie in China.] Die in London erscheinende „Jewish Chronicle" meldet: „In Kai-Fung-Fu besteht, nach übereinstimmenden Nachrichten von Reisenden und Missionaren, ein Ueberbleibsel einer sehr alten Juden-Kolonie, die seit Jahrhunderten in keiner Berührung mit anderen israelitischen Gemeinden gestanden hat. Durch Vermittlung des Londoner Ober-Rabbiners und des Sir Moses Montefiore ist der neue britische Gesandte für China angegangen worden, ein Schreiben an jene Gemeinde mitzunehmen, worin diese aufgefordert wird, zwei junge Leute aus ihrer Mitte nach England zu schicken, damit sie europäische Sitten und Bildung kennen lernen. Die zu diesem Zwecke nothwendigen Gelder werden durch den Gesandten der Gemeinde übermittelt werden."

— [Die Lage in Kochinchina.] Ein in Paris eingetroffener Brief aus Turon vom 18. Dezember meldet Verschiedenes was zur Ergänzung unserer früheren Angaben dient. Die Kriegsschiffe, welche durch den kommandirenden Ober-Admiral nach dem Süden dirigirt worden, beschäftigten sich damit, das Mündungs-Delta des Mei-Kon, eines ungeheuren Stromes, der Cambodja in zwei Theile theilt, trigonometrisch aufzunehmen. Am Ausflusse des Saïgong wiederholten sie dieselbe Operation. Die Lage des Kaiserreichs Anam läßt, was diesen Theil anbetrifft, nichts zu wünschen übrig. Die Regengüsse, welche in Turon so entsetzlich wütheten, hatten hier fast gänzlich aufgehört. Ein Gerücht, welches sich seit einiger Zeit im Lande verbreitete, hatte, nach den neuesten Daten, an Verläßlichkeit zugenommen. Man behauptete, daß einer der unabhängigen Könige von Cambodja, dessen Besitzungen sich bis zum Lande der Moi ausdehnen, die Engländer autorisirt hätte, ein Etablissement zu Campot zu begründen, einem Hafen, am Golf von Siam belegen, der zugleich der Mittelpunkt einer ansehnlichen Küstenschifffahrt ist. Dieser Punkt kann auf der Basis der letzten durch den Hof von Bangkok abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsverträge zu einer großen Zukunft berufen sein. Er liegt nur wenig entfernt von Phu-koe, einer sehr fruchtbaren Insel, deren Possessionsrecht seit länger denn einem Jahrhundert unentschieden ist. Dies Faktum, wenn es sich bestätigt, scheint mit der Absicht des britischen Gouvernements in Verbindung zu stehen, eine regelmäßige Korrespondenz mit dem Königreich Siam durch Dampfschiffe ins Leben treten zu lassen. Die große Kompagnie wird diesen Dienst, welcher Indien und China zu Statten kommt, übernehmen. Der Handel Englands, seitdem das Londoner Kabinet in jener Stadt einen Konsul etablirt hat, berührt diesen Punkt sehr lebhaft, zumal das siamesische Gouvernement mit einigen dort ansässigen britischen Handelsleuten einen Lieferungsvertrag geschlossen hat, der die Verproviantirung der kochinchinesischen Truppen zum Zweck hat. Auch soll eine beträchtliche Anzahl Perkussions-Gewehre und Karabiner für die Bataillone der Fußjäger beschafft werden, welche der König organisiren will und die, nach dem Muster der englischen Truppen eingerichtet, in Zukunft seine Garde bilden sollen. Man hatte gleichzeitig durch die jüngste Post in Erfahrung gebracht, daß ein Chef der Siampesen die Fahne des Aufruhrs gegen den Souverän von Cambodja erhoben hatte und daß dieser Letztere, nachdem er beträchtliche Streitkräfte versammelt, die Insurgenten angreifen wollte, welche sich auf das linke Ufer des Flusses Mei-Kon zurückgezogen hatten. Der Ausgang des Kampfes dürfte übrigens nicht zweifelhaft sein, da die Siampesen numerisch schwächer sind, als ihre Gegner, und sie außerdem nicht über ein so ansehnliches Material gebieten, als jene. Man weiß nicht, ob dieser Aufstand vereinzelt dasteht, oder ob auch andere unabhängige Oberhäupter im Innern dieses großen Landes den Plan der Empörer theilen. Gewiß ist, daß seit Jahrhunderten diese Länder der Schauplatz blutiger Kriege waren, welche die Könige und Unter-Könige stets miteinander führten. Die neue Post wird uns über diese Vorgänge voraussichtlich nähere Details bringen.

Amerika.

Newyork, 28. Jan. [Republikanischer Kannibalismus.] Zu Union Springs in Alabama und zu Troy im Staate Missouri wurden zwei Neger, welche in Folge jahrelanger fortgesetzter Mißhandlungen ihre Herren erschlagen hatten, vom „Volke", von dem „erleuchteten Volke", wie es unsere demokratischen Präsidenten in ihren Botschaften zu nennen pflegen, auf Scheiterhaufen verbrannt! Das „Volk" von Union Springs scheint noch einen letzten schwachen Rest von Menschlichkeit bewahrt zu haben; wenigstens richtete es den Scheiterhaufen so ein, daß der unglückliche Delinquent schon (!) 2½ Minute, nachdem das Feuer angezündet worden, todt war. Ueber alle Maaßen grauenhaft dagegen war der Auftritt zu Troy in Missouri. Dort kettete man den Neger an einen Baum, legte (nach Indianer-Art) in einiger Entfernung von ihm einen Kranz von ziemlich niedrig aufgeschichtetem Holz, und zündete dies an. Somit ward dem Unglücklichen nicht die Wohlthat des Erstickens zu Theil, sondern er wurde geradezu lebendig gebraten, während seine Peiniger, wie Wilde heulend und jauchzend, sich an seiner gräßlichen Todesqual weideten. In dem Augenblicke, wo in Rußland die entscheidenden Schritte zur Verwirklichung der verheißenen Abschaffung der Leibeigenschaft geschehen, liegen der Staatsgesetzgebung von Nord-Carolina zwei Gesetzentwürfe vor, dahin abzielend, daß den im Staate wohnenden freien Negern und Mulatten eine gewisse Frist gegeben werde, innerhalb deren sie sich selbst Eigenthümer aussuchen, oder, wenn sie das nicht wollen, den Staat verlassen können; thun sie weder Eines noch das Andere, so sollen sie von Staats wegen als Sklaven verkauft werden. Nord-Carolina ist, beiläufig bemerkt, ein Staat, in welchem bis auf den heutigen Tag noch den Juden der Zutritt zu öffentlichen Aemtern verfassungsmäßig verboten ist. (A. Z.)

Newyork, 2. Febr. [Prescott †; die Revolution auf Hayti; aus Mexiko.] Der berühmte Geschichtschreiber Prescott ist am 28. Jan. im Alter von 63 Jahren plötzlich gestorben. — Wie aus Hayti berichtet wird, standen Soulouque und die Rebellen sich kampfbereit gegenüber. Eines der Schiffe Soulouque's hatte einen erfolglosen Versuch gemacht, St. Marcus zu beschießen. Einer andern Mittheilung zufolge war Soulouque auf Jamaika angekommen. — Laut Nachrichten aus Mexiko, die über Washington eingetroffen sind, hatten die vor Vera Cruz liegenden britischen und französischen Admirale von der Regierung jener Stadt Befriedigung der englischen und französischen Schuld-Forderungen, einen monatlichen Bericht über den Ertrag der Eingangszölle, Wiederherstellung des alten Einfuhr-Tarifs und Entschädigung für die von englischen und französischen Unterthanen während der Revolution erlittenen Verluste verlangt. Außerdem verlangte der französische Admiral die Entfernung Garcia's aus Tamaulipas. Der Gouverneur Garcia schickte sich an, aus Tamaulipas auszurücken, um den Liberalen zu Hülfe zu eilen.

Mexiko, 19. Jan. [Erklärung Miramon's für Zuloaga; Stellung der Parteien.] Ueber die bereits kurz erwähnten Vorgänge wird in einer Depesche aus New-Orleans in folgender Weise ausführlicher berichtet: Das zu Guadalajara erscheinende Blatt „Pensiamento", ein Organ des Generals Miramon, erklärte, der General werde eben so wenig die Präsidentschaft annehmen, als Robles begünstigen, sondern dem Plane Zuloaga's gemäß handeln. General Degallado befand sich zu Morelia. Der Regierungspalast zu Guadalajara ward am 10. Jan. durch das Auffliegen des Magazins zerstört, gerade nachdem Miramon nach der Hauptstadt abgegangen war. 100—200 Personen kamen ums Leben. Die Liberalen hatten Mazatlan genommen. Casmano hatte sich nach Yantepec zurückgezogen. Blaco und Coronado standen mit 3000 Mann vor Zacatecas, und Miramon hatte der Stadt 600 Mann zu Hülfe gesandt. Trotzdem glaubte man, daß die Besatzung sich zur Uebergabe genöthigt sehen werde. Robles fungirte noch immer als Präsident; er hatte einen Rückhalt an den Kapitalisten. Dem Vernehmen nach will er sich, falls Miramon sich für Zuloaga erklärt, den Liberalen anschließen. General Traconis war von Robles in Freiheit gesetzt worden, nachdem er eine einjährige Haft in der Hauptstadt bestanden hatte, und es hieß, er werde zum Kommandanten von Veracruz ernannt werden.

Hayti. — [Annahme der Republik.] Nach Privat-Nachrichten aus Hayti, die in London am 15. d. mit dem „La Plata" eingetroffen sind, ist die Republik allenthalben ohne weiteres Blutvergießen angenommen und Geffrard Präsident geworden. Soulouque und Delva sind nach Jamaica abgegangen. Alles macht sich befriedigend.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Das Herrenhaus beschäftigte sich in der Sitzung am 15. d. mit der Berathung von Petitionen. Die Stände des Kreises Sternberg führen Beschwerde über den seit neuerer Zeit auf den dortigen Landgemeinden lastenden schweren Druck, und sie beantragen demnächst: 1) Einführung des Einzugs- und Hausstandsgeldes in den Dörfern, 2) und 3) Erschwerung (durch Vermögensnachweis, Bürgenstellung) und, wenn Gefahr für das Gemeindewesen zu befürchten, Zurückweisung neuer Ansiedelungen, 4) Maaßregeln gegen die neuerdings so häufigen Dismembrationen. Die Kommission schlägt vor: den Antrag ad 1) der Staatsregierung zu überweisen und über die Anträge 2) bis 4) zur Tagesordnung überzugehen. — Hr. v. Kleist-Retzow: Die Kommission habe, trotz allen Wohlwollens für die Petition, derselben doch nicht ganz zum Recht verholfen. Die Stände hätten die Schäden, welchen die Landgemeinden ausgesetzt seien, in ihrer Totalität geltend gemacht, um Abhülfe gebeten und bezügliche Vorschläge dazu gemacht. Der Druck, unter dem das platte Land leide, sei oft genug offen gelegt worden, Abhülfe aber nicht erfolgt. Dem Herrenhause gezieme es, Theilnahme für das Land zu zeigen und die Bitten nicht ungehört vorübergehen zu lassen. Die Gesetzgebung mache einen Unterschied zwischen einfacher Niederlassung, die nicht beschränkt sei, und neuen Ansiedlungen; und die Stände wollten die für die letzteren geltenden Beschränkungen auch auf die erstere ausdehnen. Er wolle das Einzugsgeld in den Landgemeinden nicht unbedingt, sondern nur mit Modifikationen erhoben sehen; er stimme deshalb auch dafür, die Petitionen ad 2 und 3, welche mit der ersten in natürlichem Zusammenhange stehen, der Regierung zu überweisen. Alle Parteien setzten jetzt „Selbstverwaltung" auf ihre Fahne; von der eigentlichen Erhaltung und Ausdehnung der Selbstverwaltung könne aber nur die Rede sein, wenn diejenigen korporativen Ordnungen, die noch im Lande bestehen, nicht der Zersetzung anheimgegeben werden, wenn man die Freizügigkeit auf dem Lande nicht ungezügelt walten lasse. In Korporationen herrsche gleiche Berechtigung Aller, und zu gleicher Zeit finde Unterordnung unter die Autorität statt; das seien die gesunden Einflüsse des korporativen Wesens. Und auf die noch bestehenden korporativen Ordnungen, Gemeinden und Kreistage, dürfe man die Freizügigkeit nicht eindringen lassen. Das sei der Hauptfehler der Gemeindeordnung von 1850 gewesen, daß sie diese Ordnungen zerschlagen habe, um sie dann wieder künstlich zusammenzusetzen. (Bravo!) Von Selbständigkeit und Selbstverwaltung könne nicht die Rede sein, wenn die Gemeinden keinen Einfluß auf den Zuzug Fremder auszuüben vermöchten, wenn sie mit verschränkten Armen dabei zusehen müßten. Aber die Entscheidung dürfe nicht der Willkür der Gemeinden überlassen bleiben; wo sie leicht von selbstischen Motiven abhängig werden könne, da könne eine „höhere korporative Ordnung", der Kreistag etwa, eintreten. Ueber den 4. Punkt will auch der Redner zur Tagesordnung übergehen, da die gegen die Dismembrationen gemachten Vorschläge der Petenten unpraktisch seien und die bestehende Gesetzgebung bei energischer Handhabung zum Schutze in dieser Beziehung ausreiche. — Graf v. Itzenplitz: Nachdem in den Städten der östlichen Provinzen das Einzugsgeld eingeführt worden, sei es nicht Recht, dasselbe den Landgemeinden zu entziehen. Er halte es nicht nöthig, die Freizügigkeit noch mehr zu beschränken, als dies durch die letzte Novelle zum Armengesetze geschehen sei, aber die Freizügigkeit werde durch ein Einzugsgeld, dessen Höhe doch zuvor von der Bezirksregierung zu genehmigen sei, nicht so sehr, als man glaube, beschränkt. Für gute Arbeiter werde der Arbeitgeber das Einzugsgeld gern zahlen, es sei nur ein nützliches Hemmniß für Leute mit unsicherer Existenz, ein nicht zu scharfes Mittel, welches genau den Zweck erfülle. In Schlesien und anderen Provinzen gebe es Dörfer, größer als manche Städte; warum solle man diesen nicht ein solches Recht einräumen. Die sonstigen Anträge der Petenten halte er nicht für ausführbar; auf diesem Wege sei nichts zu erreichen. Denn eine Bürgschaft für die Subsistenz eines neu anziehenden Arbeiters, auch eines guten, für die Dauer zu übernehmen, davor werde jeder Arbeitgeber sich hüten. Der dritte Antrag der Petenten werde zur Folge haben, daß die Gemeinden bei der Aufnahme eines neuen Ansiedlers eine Gefahr sehen und nur ganz wohlhabende aufnehmen würden, namentlich nicht ganz unbescholtene Leute würden dann nie ihren Aufenthalt ändern können. Das aber sei gerade das Gute in der preußischen Gesetzgebung über Freizügigkeit, daß Jemand, der in bösen Ruf gekommen oder sich vergangen habe, sich Arbeit und Unterhalt in einer neuen Heimath suchen könne. Durch die erwähnte Novelle seien wesentliche Vortheile erreicht; sie enthalte manche nützliche armenpolizeiliche Bestimmung, die, wenn kräftig ausgeführt, die gute Ordnung nur heben könnte. Jetzt sei als Ergänzung nur noch nöthig, daß man den Landgemeinden die Erhebung eines mäßigen Einzugsgeldes fakultativ, unter Genehmigung der Bezirksregierung, überlasse. — Frhr. v. Senfft-Pilsach: Der Gegenstand habe das Haus oft beschäftigt; nicht dringend genug aber könne auf einen Punkt hingewiesen werden, der endlich dringender Abhülfe bedürfe: das Ausschlachten der Bauerhöfe. Es sei eine „echt preußische Tradition", die Pflege des Bauernstandes, der unsere Landesherren seit Jahrhunderten sich hingegeben. Seit Jahrhunderten hätten sich Bauerhöfe in denselben Familien vererbt, jetzt sei das leider anders. Der Redner schildert die nachtheiligen Folgen der Parzellirung, zitirt die Worte des Professors Gneist aus einer Rede in Stettin: „Wo gäbe es in einem Lande ein Amt, wie das unsrer Schulzen!" und Justus Möser's Worte: „Der Bauernstand sei die Stütze des Staats." Durch die Parzellirung komme das Schulzenamt herab, und am Ende würden auch in unseren östlichen Provinzen an die Stelle der Schulzen bezahlte Schreiber treten. Der Redner beruft sich auf Stein's Ausspruch über die nachtheiligen Folgen der Zersplitterung der Grundstücke, und auf die Motive zu dem im vorigen Jahre von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Gründung neuer Ansiedelungen: der Bauernstand müsse erhalten werden, darüber seien alle politischen Parteien einig; es handle sich um das Wohl und Wehe von 13 Mill. Menschen. Die Herren Minister sollten diese Angelegenheit ernst ins Auge fassen, in der das vorige Ministerium bereits umfassende Vorarbeiten gemacht hätte. Das jetzige Ministerium könne noch nicht legislatorische Entwürfe fertig haben; es sei aber vollkommen frei für alle Vorlagen, freier als das vorige Ministerium; denn die frühere Linke, die immer opponirt habe, sei ja zur Rechten geworden und stimme für das Ministerium; die Rechte aber und das Herrenhaus machten nie Opposition (Heiterkeit); sie träten nur ein für Recht und Wahrheit und Freiheit vom Thron bis zur letzten Hütte. — Der Minister des Innern wünscht, daß das in dieser Petition enthaltene schätzbare Material so bald wie möglich dem Ministerium zugehen und zu diesem Behufe die Petition in ihrem ganzen Umfange zur weiteren Erwägung überwiesen werden möge. — Hr. Hasselbach: Er sei hinsichtlich der Punkte 2 und 3 mit den Ausführungen des Grafen Itzenplitz einverstanden; in Betreff des ersten Punktes aber nähere er sich den Ansichten des Hrn. v. Kleist. Nicht die Landgemeinden hätten durch den Zuzug am meisten zu leiden; viel mehr die Städte. Solle den Anträgen der Petenten entsprochen werden, so würde die Freizügigkeit unterdrückt werden. Die Städte aber würden durch den Zuzug überfluthet, und wolle man den Ausführungen des Hrn. v. Kleist in dieser Beziehung folgen, so seien ihm, dem Redner, die mecklenburgischen Heimathsgesetze viel lieber; denn es sei besser, daß der Anziehende, wenn er keinen festen Wohnsitz erhalten könne, zum Lande hinaus müsse (was in Mecklenburg der Fall sei), als daß er (wie in Preußen) den Städten überwiesen werde. Er halte es für keine glückliche Maaßregel, den Dorfgemeinden ein Einzugsgeld zu gewähren; das Einzugsgeld in den Städten sei nur ein Ausgleichungsmittel für ihre großen Wohlthätigkeitsanstalten, und das sei auch jetzt der einzige Grund, den er noch gelten lassen könne. Er sehe die Zustände in unserm Lande nicht für so traurig an, als der Vorredner, namentlich sei es „unwahr", daß innerhalb eines Jahres 700 Bauernhöfe durch Dismembration vom Erdboden verschwunden sein sollen. Er hätte gewünscht, daß über alle Punkte zur Tagesordnung übergegangen werde; da aber vom Ministertische aus ein anderer Wunsch ausgesprochen sei, so trete er dem bei. — Finanzminister Frhr. v. Patow: Ich glaube, der Herr Minister des Innern ist mißverstanden worden; seine Erklärung ist meiner Ansicht nach nicht dahin gegangen, die Regierung wünsche, daß ihr die Petition ihrem ganzen Inhalte nach überwiesen werde, sondern dahin, daß, wenn die Petition ihr überwiesen werden sollte, die Regierung sich der Erwägung derselben nicht entziehen werde. Meine Herren: Es läßt sich nicht leugnen, daß die Petition im Grunde darauf gerichtet ist, das Prinzip der Freizügigkeit zu beseitigen; dieses Prinzip gehört aber zu unseren alten und guten Traditionen; es ist durch die Patente von 1804 sanktionirt worden, also zu einer Zeit, wo moderne Theorien auf die Gesetzgebung keinen Einfluß hatten, vielmehr dem großen Grundbesitze ein sehr großer Einfluß zu Gebote stand. Die Freizügigkeit ist eine von unseren spezifisch preußischen Einrichtungen, und sie ist eine segensreiche Einrichtung. In Ländern, in denen die Freizügigkeit nicht stattfindet, ist, das läßt sich statistisch nachweisen, die Armenlast ungleich höher. Die Regierung muß deshalb wünschen, daß ihr nur der erste Punkt der

(Fortsetzung in der Beilage.)

Petition zur Erwägung überwiesen werde, zumal die Angelegenheit in Betreff des Einzugsgeldes bereits vielfach von der Regierung in Erwägung gezogen worden ist. Was aber die von Herrn Senfft v. Pilsach mehr aus Gelegenheit als aus Anlaß dieser Besprechung gemachten umfassenden Vorschläge betrifft, so wäre es wohl nicht angemessen, so wichtige Fragen so beiher abzumachen; vielmehr sind diese Vorschläge wohl besser in Form eines Gesetzentwurfes durch den geehrten Redner einzubringen und der Gegenstand der Initiative der „Kammern" im Wege der Gesetzgebung zu überlassen. — Graf Itzenplitz: Durch die Erklärungen, welche vom Ministertische aus gethan worden sind, ist unsere Aufgabe noch nicht erledigt; es handelt sich nicht darum, welcher Ansicht ein einzelnes Mitglied ist, sondern wie die Mehrheit des Herrenhauses über die Sache denkt. In der Sache selbst beantrage ich: die Petition zu Punkt 1 der Regierung zu überweisen, über die übrigen Punkte aber zur Tagesordnung überzugehen. — Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Graf Pückler: Die Regierung ist durchaus nicht Willens, der Abstimmung des Hauses vorzugreifen. Was den vierten Punkt der Petition anlangt, so sind über die Frage, inwieweit die Disposition über das Grundeigenthum einzuschränken sei, bereits umfassende Materialien gesammelt worden, die aber, namentlich die Ermittelungen aus der Provinz Brandenburg, ein durchaus günstiges Resultat ergeben haben. — v. Senfft-Pilsach: Er müsse sich dagegen verwahren, daß er den vorliegenden Gegenstand „gelegentlich" zur Sprache gebracht habe; er sei auch, das werde der stenographische Bericht erweisen, nicht gegen die Freizügigkeit aufgetreten, sondern nur dafür, daß Zucht, Ordnung und Gerechtigkeit im Lande herrschen solle; das sei auf dem Lande viel schwerer zu erreichen, als in den Städten mit ihrer geordneten Polizei. Er könne nicht der Erklärung des Herrn Finanzministers, sondern nur der des Herrn Ministers des Innern beistimmen (Heiterkeit). Auch das könne von einem einzelnen Mitgliede nicht verlangt werden, einen Gesetzentwurf über den Gegenstand einzubringen, die vorige Regierung habe ja die Materialien hierüber bereits gesammelt; es sei deshalb wohl auch Sache der Regierung, einen Gesetzentwurf einzubringen. Was endlich den von einem Mitgliede gebrauchten Ausdruck „unwahr" betrifft, so ist ein solcher Ausdruck noch nicht vorgekommen, so lange das Herrenhaus besteht; das ergeben die stenographischen Berichte. Der hohe Beamte, welcher die von mir gemachte Behauptung in Betreff der 700 Bauernhöfe öffentlich, und zwar in dem anderen Hause des Landtags, ausgesprochen hat, ist der Forstmeister v. Wedell. — Der Präsident rügt den in Rede stehenden Ausdruck. — Hr. Hasselbach erklärt, er habe nur jene einzelne Behauptung als unrichtig bezeichnen, aber nicht den Vorwurf der Unwahrheit machen wollen. — Herr von Kleist-Retzow: Was die vom Ministertische aus gethanen Aeußerungen betrifft, so muß jeder Minister der Interpret seiner eigenen Worte und Ansichten sein; wenn wir also überhaupt auf jene Erklärungen Gewicht zu legen haben, so kann nur das, was der Herr Minister des Innern gesagt hat, für uns maaßgebend sein. Dann aber muß ich zweitens dagegen protestiren, daß etwas, was aus dem Jahre 1804 stammt, als gute alte preußische Tradition bezeichnet wird; aus jenem Jahre stammt für uns keine gute Tradition. — Nachdem der Berichterstatter Graf v. d. Groeben-Ponarien den Kommissionsantrag befürwortet hat, wird die Ueberweisung des ersten Punktes der Petition an die Regierung und die Tagesordnung bei den drei übrigen Punkten mit großer Majorität beschlossen.

— [Antrag.] Zu dem Berichte der Kommission für die Landeskultur-Angelegenheiten über den Gesetzentwurf wegen Abänderung der §§. 68 und 69 und Ergänzung des §. 72 des Gesetzes vom 2. März 1850 hat Dr. Goetze folgenden Verbesserungsantrag gestellt: Das Herrenhaus wolle beschließen: den ersten Absatz des §. 3 des Gesetzentwurfes dahin zu fassen: Eine Revision der Normalpreise kann die Auseinandersetzungsbehörde bewirken, wenn und so weit sie ein Bedürfniß dazu anerkennt, sofern nur die geltenden Normalpreise schon mindestens zehn Jahr hindurch in Wirksamkeit gewesen sind. Unter dieser letzteren Voraussetzung ist die Auseinandersetzungsbehörde zur Revision verpflichtet, wenn der betreffende Kreistag dies für den von ihm vertretenen Kreis in Anspruch nimmt.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 17. Febr. Zur Vorberathung des Antrages des Abgeordneten v. Bentkowski ist eine Kommission gewählt, die aus folgenden Mitgliedern besteht: H. v. Arnim, Vorsitzender, v. Bardeleben, Stellvertreter desselben, Dr. Falck, Schriftführer, v. Sänger, Stellvertreter desselben, v. Potworowski, Simson, Graf v. Cieszkowski, Naumann (Posen), Dr. Liebelt, Rohden, Riedel, Harkort, Lyskowski.

Lokales und Provinzielles.

R Posen, 18. Febr. [Eisenbahnverspätung.] Der heute früh fällige Eisenbahnzug von Kreuz ist zwei Stunden später hier eingetroffen. Die Ursache der Verzögerung ist uns nicht bekannt.

○ Posen, 18. Febr. [Realschulpetition.] In der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 16. d. wurde die an das hohe Haus der Abgeordneten zu richtende Petition in Betreff der Realschul-Angelegenheit genehmigt, vom Magistrat und den Stadtverordneten vollzogen und sofort nach Berlin abgeschickt. Der Schluß der Petition lautet:

„Wir bitten ehrerbietigst, daß das hohe Haus der Abgeordneten in geeigneter Weise dahin wirken wolle, daß den Realschulen die ihnen bis zum Jahr 1850 bereits verliehenen Rechte wieder hergestellt und diese Rechte zugleich im Sinne der Vorlagen, welche der Minister v. Ladenberg im Jahre 1849 der Kommission von Schulmännern zur Berathung über die Reorganisation der höhern Schulen gemacht hat, eine entsprechende Erweiterung erhalten; namentlich daß sie rücksichtlich ihrer Rechte — mit Einschluß der Berechtigung ihrer Sekundaner zum einjährigen freiwilligen Militärdienst, so wie zur Aufnahme ihrer mit dem Zeugniß der Reife entlassenen Schüler in die philosophische und in die medizinische Fakultät der Universitäten — den Gymnasien gleichgestellt werden."

** — [Spitzbübereien.] In dem Laden des Hrn. Spiro erschien vorgestern ein junger Mann, etwa 21 Jahre alt, groß, schlank, blond, und erbat sich für eine Dame, die dort ihre Einkäufe zu machen pflegte, Seidenzeuge zur Auswahl. Er erhielt solche im Werthe von etwa 8 Thlrn., und ging damit fort, ohne wieder zu kommen. Derselbe Mensch versuchte darauf einen ähnlichen Betrug beim Kaufmann Liszkowski, der ihm indeß nicht gelang. Er hatte im Gesicht mehrere Hitzblattern, tuchenen schwarzen Ueberzieher und Hut. — Ein junger Mensch, anscheinend Lehrbursche, von kleiner untersetzter Statur, blassem Gesicht, dunklem Haar, in schwarzem Ueberrock, erschien im Laden des Kaufmanns Löwenthal und ließ sich von dem Ladenmädchen Federmesser vorlegen. Plötzlich ergriff er ein Paket, worin ein Dutzend solcher Messer in Hirschhornschalen zu 4 Schneiden enthalten waren und entlief damit.

Posen, 18. Februar. [Polizeibericht.] Gestohlen 40—50 Flaschen Ungarwein ohne Etiquetts und nicht versiegelt, die Pfropfen mit der Flasche gleich geschnitten; desgl. 40 Pfd. gepökelter Speck, 2 Seiten gepökeltes Schweinefleisch und ein gepökelter Schinken. Die Diebe haben eine grün angestrichene Leiter zurückgelassen. — Als muthmaßlich gestohlen und abgenommen: Eine graue und eine weiße Gans. — Verloren: Eine graue Pelzmanschette. — Aufgefunden: Eine grün angestrichene Leiter, und eingefunden: Ein braun gefleckter Hühnerhund mit einem Strick um den Hals.

a Kosten, 17. Febr. [Diebesbande; Selbstmord, Witterung.] Der am 11. d. hier eingebrachte Dieb Dudziak ist in der darauf folgenden Nacht an seinen Wunden gestorben. Eine Rehposte war ihm durch Brust und Lunge, eine zweite durch den Unterleib bis an den Rücken gedrungen. Von jenem Tage ab bis zum Abend des 14. sind von den hier zusammengezogenen 15 Gendarmen unter dem Befehl des Wachtmeisters, zum Theil auch unter persönlicher Anführung des Landraths v. Madai, Tag und Nacht Streifzüge in der Umgegend und unter Zuhülfenahme zuverlässiger Landleute Durchsuchungen der Wälder vorgenommen und dabei noch 3 der Betheiligung an jener Diebesbande Verdächtige eingebracht. Dagegen fehlen noch 2 der berüchtigtsten Komplicen, namentlich der mehrfach bestrafte und zuletzt zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilte Joseph Kosicki aus Drozdzyce, welcher erst kürzlich aus dem hiesigen Kreisgerichts-Gefängnisse ausgebrochen und steckbrieflich verfolgt wird. Wer denselben einfängt, und an den Landrath v. Madai abliefert, erhält eine Prämie von 20 Thlrn. Der Verbrecher dürfte sich leicht durch den Versuch der Umwechslung einer gestohlenen Kassenanweisung von 100 Thlrn. bemerklich machen. — Am 13. d. wurde der Wirthschaftspächter Gregor Bartosz zu Wieszkowo in seiner Scheune erhängt gefunden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos; die Gründe zu dem unzweifelhaften Selbstmord sind unbekannt. — Unsere Witterungskundigen rechnen ebenfalls nicht mehr auf große Kälte, da auch von ihnen hier das Singen der Feldlerchen und häufige Züge wilder Gänse wahrgenommen werden.

Neustadt b. P., 17. Febr. [Wechselstempelung; Verschiedenes.] In diesen Tagen ist ein mit zahlreichen Unterschriften versehenes Gesuch der hiesigen Kaufmannschaft an die höhere Steuerbehörde abgegangen, in welchem die Bitte ausgesprochen wird, hier eine Einrichtung treffen zu wollen, daß auch an hiesigem Orte die Stempelung von Wechseln über 2000 Thlr. erfolgen könne. — Am letzten hiesigen Jahrmarkte wurden einem Wirthe aus Sliwno, der sich nur kurze Zeit von seinem Fuhrwerke entfernt hatte, Pferde und Wagen vom Markte gestohlen. Die Diebe sind noch nicht ermittelt. — Nach einem Beschlusse der hiesigen Korporationsbehörden findet die Einweihung der Synagoge am 8. März c. statt, und ist zu diesem Behufe bereits ein Festkomité gewählt worden, welches das Programm zu entwerfen hat.

○ Czerniejewo, 17. Febr. [Brandstiftung.] Am 13. d. Abends gegen 1/2 9 Uhr wurden wir durch Feuerlärm erschreckt. Das Feuer war in dem mit Stroh gedeckten Stalle des Fleischers Bartholomäus Karlio ausgebrochen, wurde indeß ohne bedeutenden Schaden bald gelöscht. Beim Ausbruch des Feuers kamen die Karlioschen Eheleute, welche abwesend waren, nach Hause. K. wollte sogleich sein Spind und die darin befindliche verschlossene Schublade öffnen, um eine Geldkatze mit 130 Thlr. zu sichern; allein er fand die Schublade schon offen und leer. Es stellte sich heraus, daß der bereits wegen Diebstahls bestrafte Lehrling des K., Namens Wessołowski, allein in der Stube gewesen war, und derselbe wurde sogleich zum Polizeiarrest gebracht. Am andern Tage gestand er in der polizeilichen Vernehmung, daß der Bruder des Meisters, der Tagelöhner Johann Karlio, ihn schon lange zu diesem Diebstahl zu überreden versucht habe, unter dem Versprechen, das Geld mit ihm zu theilen. Als er dies an jenem Abende wiederholt, habe er dem Johann Karlio das inzwischen aus der mit einem Messer geöffneten Schublade entwendete Geld übergeben, und dieser sich damit zur Hinterthür hinausbegeben; nicht lange darauf habe es angefangen, im Stalle des Karlio zu brennen. Johann Karlio bestreitet die Behauptung des Wessołowski auch bei der Konfrontation; das Geld ist inzwizwischen am 14. d. in dem hinter dem Karlioschen Hause belegenen Garten in der Erde vollständig in der Geldkatze vorgefunden. Beide (Wessołowski wegen Diebstahl und Johann Karlio wegen Hehlerei und Verdacht der Brandstiftung) sind an die k. Staatsanwaltschaft zu Gnesen abgeliefert.

Z Znin, 17. Febr. [Witterung; Preise; Bauten ꝛc.] Das anhaltende gelinde Wetter macht es bereits möglich, Schafe und Schweine auf die Weide zu treiben, zu pflügen und zu säen; es ist Thatsache, daß schon Sommerroggen, sogar Erbsen ausgesäet wurden. Der Gesundheitszustand ist befriedigend, nur hier und da zeigt sich, doch immer vereinzelt, das Scharlachfieber. — Unsere Getreidezufuhren sind immer noch geringe, die Gutsbesitzer haben selbst Mangel, und die Bauern verkaufen nur dann, wenn sie unbedingt baares Geld bedürfen. Den Scheffel Weizen bezahlen wir bereits mit 3 Thlr., Roggen mit 1 5/6 Thlr.; Gerste und Hafer sind gar nicht vorhanden. Fleisch und Butter indeß haben nach wie vor einen geringen Preis. — Durch den Zuzug von Baumeistern ist auch die Baulust rege geworden. Außer dem in größerm Umfange neu zu errichtenden Apothekengebäude soll auch eine größere Brauerei angelegt werden. Vielleicht erhält dann unser Ort seinen alten Bierruf wieder. — In Gonsava wurde kürzlich ein Kaufmann bedeutend bestohlen. Die Diebe rösteten eben in einer nicht weit entlegenen Forst an einem großen Feuer die ebenfalls gestohlenen Heringe, als sie durch den Oberförster und etliche seiner Gehülfen vertrieben wurden. Es gelang ihnen doch noch zu entkommen.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 16. Februar. Kahn Nr. 1717, Schiffer Ferd. Röseler, von Berlin nach Posen mit Salz; Kahn Nr. 3611, Schiffer Fried. Röseler, von Zirke nach Posen mit Dachsteinen; Kahn Nr. 129, Schiffer Joseph Frąckowiak, Kahn Nr. 210, Schiffer Wilh. Stübner, von Obrzycko, Kahn Nr. 418, Schiffer Joseph Rux, und Kahn Nr. 177, Schiffer Michael Suche, alle vier nach Posen mit Feldsteinen.

Angekommene Fremde.

Vom 17. Februar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. v. Milkowski aus Russocin, v. Milkowski aus Popowo und Lüdemann aus Sędziwojewo, die Kaufleute Rudolph aus Schweinfurth, Methner aus Landeshut, Toussaint aus Berlin und Römer aus Brandenburg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Karczewski aus Lubrze und v. Karczewski aus Czarnotki, Oberamtmann Klug nebst Frau aus Mrowino, Gutsb. v. Prądzynski aus Koziąże.

BAZAR. Philologe Moll aus Breslau, die Gutsb. v. Zakrzewski aus Osiek, v. Rogalinski aus Cerekwice und v. Lossow aus Boruszyn.

SCHWARZER ADLER. Bürger Buchardt aus Buk, Inspektor Schulz aus Strzałkowo, Kaufmann Schulz aus Fraustadt.

HOTEL DU NORD. Die Gutsb. v. Moszczenski aus Jeziorki, Petzelt aus Dobrojewo und v. Skarzynski jun. aus Sokolnik, Kaufmann Wagner aus Laskowitz.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Bürger Meißner aus Grabowo, Kaufmann Oertel aus Breslau, Referendar Dziadek aus Schrimm.

HOTEL DE BERLIN. Frau Oberamtmann Böthelt aus Trzebisławki, Kreisrichter Gromadzinski aus Schroda, Prediger Flöter nebst Frau aus Xions.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Es werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Sonntag, 20. Febr., Vorm.: Herr Pastor Schönborn. Nachm.: Herr Oberprediger Klette.

Ev. Petrikirche:

1) Petrigemeinde. Sonntag, 20. Febr., Vorm. ½ 10 Uhr: Herr Kons. Rath Dr. Göbel. Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Wenzel.

Mittwoch, 23. Febr., Abends 6 Uhr Gottesdienst: Hr. Konsist. Rath Dr. Göbel.

2) Neustädtische Gemeinde. Sonnabend, 19. Feb., Nachm. 3 Uhr Beichte: Hr. Konsist. Rath Carus.

Sonntag, 20. Febr., Vorm. 11 Uhr Hauptgottesdienst: Hr. Pred. Herwig.

Freitag, 25. Febr., Abends 6 Uhr Gottesdienst: Herr Kandidat Henschel.

Garnisonkirche. Sonntag, 20. Febr., Vorm.: Hr. Div. Pred. Bork.

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag, 20. Febr., Vorm.: Hr. Kand. Ihme.

In den Parochien der oben genannten Kirchen sind in der Woche vom 11. bis 18. Febr.:

Geboren: 8 männl., 5 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 9 männl., 10 weibl. Geschlechts.
Getraut: 3 Paar.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Berlin: Frl. C. Kietzerow mit Hrn. O. Seyffert, Frl. M. Ehrenberg mit Hrn. O. Jerosch und Frl. A. Schildbach mit Hrn. Alb. Schmidt.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. E. Ludendorff in Rattrek, Hrn. Kochgey und Hrn. L. A. Deichmann in Berlin.

Todesfälle. Rechnungsrath Fr. A. Emil Dupont in Berlin, Lieut. a. D. W. v. Bredow in Glogau, Freifrau M. v. Hammerstein geb. v. Thielau in Schwartow, ein Sohn des Frhrn. A. v. Kottwitz in Briesen.

Stadttheater in Posen.

Freitag, erstes Auftreten des Fräulein **Henriette v. Bose,** erste Solotänzerin des königl. Hoftheaters zu Dresden. Zum zweiten Male: **Don Juan,** mit theilweise neuer Besetzung. Große Oper in 2 Akten von Mozart.

Vorkommende Tänze: Im 1 Akt: **Grand Pas seul serieux,** getanzt von Fräul. Henriette v. Bose. Am Schluß: **La Pandaretta.** Spanischer Nationaltanz, getanzt von Frl. Henriette v. Bose.

Sonntag, zweites Gastspiel des Fräul. **Henriette v. Bose: Die Stumme von Portici.** Große Oper in 5 Akten von Auber. Fenella — Frl. v. Bose.

Preise der Plätze zu dieser Vorstellung: Erster Rang und Sperrsitz 20 Sgr., Parterre 12½ Sgr., erster Balkon im zweiten Rang 15 Sgr., zweiter Rang 10 Sgr., Amphitheater 6 Sgr., Galerie 4 Sgr.

Montag, letztes Auftreten des Frl. **v. Bose.**

Posener Marktbericht vom 18. Februar.

	von Rt.	Sgr.	Pf.	bis Rt.	Sgr.	Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	15	—	2	27	6
Mittel-Weizen	2	—	—	2	5	—
Bruch-Weizen	1	10	—	1	20	—
Roggen, schwerer Sorte	1	26	3	2	—	—
Roggen, leichtere Sorte	1	22	6	1	24	—
Große Gerste	1	15	—	1	25	—
Kleine Gerste	1	10	—	1	20	—
Neuer Hafer	—	—	—	—	—	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	13	—	—	14	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z.G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	5	—	2	15	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z.G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 17. Febr. die Tonne von 120 Qrt. à 80 % Tr.	15	7	6	15	22	6
Spiritus am 18.	15	7	6	15	22	6

Die Markt-Kommission.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 18. Februar 1859.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	85	—	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	101	—	—
" 3½ " Prämien-Anl. 1855	—	116	—
Posener 4 " Pfandbriefe	—	99¼	—
" 3½ " "	—	88¼	—
" 4 " neue "	—	89⅛	—
Schles. 3½ " Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	83	—	—
Poln. 4 " "	—	90	—
Posener Rentenbriefe	92¼	—	—
" 4 % Stadt-Oblig. II. Em.	—	88	—
" 5 " Prov. Obligat.	99½	—	—
" Provinzial-Bankaktien	82	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	91¼	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen (pr. Wispel à 25 Schfl.) bei unansehnlichem Geschäfte wenig verändert, pr. Febr.-März 43 1/12 bez., pr. Frühjahr 43¼ bez. u. Gd., pr. April-Mai 43⅔—7/12 bez. u. Br., pr. Mai-Juni 44¼ bez., pr. Juni-Juli 45⅓—½ bez.

Spiritus (pr. Tonne à 9600 % Tralles) in etwas gebesserter Haltung, loko (ohne Faß) 15¼—15⅜, mit Faß pr. Febr. 16⅓ Br., ¼ Gd., pr. März 16¼ bez., pr. April 16 5/12 bez., pr. April-Mai 16 7/12 Gd., pr. Mai 16⅔ bez.

Wasserstand der Warthe:
Posen am 17. Febr. Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 3 Zoll,
" 18. " " 8 " 3 " 2 "

Produkten-Börse.

Berlin, 17. Febr. Wind: NW. Barometer: 28. Thermometer: 6° +. Witterung: Regen und Sturm.

Weizen loko 48 a 77 Rt. nach Qualität.

Roggen loko 46½ a 47½ Rt. gef. nach Qualit., Febr. 45¾ a 46 a 45⅞ Rt. bez., 46 Br., 45⅞ Gd., Febr.-März 45½ a 45¾ a 45½ Rt. bez. u. Br., 45⅜ Gd., p. Frühjahr 45¼ a 45 a 45¼ Rt. bez. u. Br., 45 Gd., Mai-Juni 45⅜ a 45¼ a 45⅜ Rt. bez. u. Gd., 45½ Br., Juni-Juli 46 a 46¼ Rt. bez. u. Br., 46 Gd.

Große Gerste 33 a 43 Rt.

Hafer loko 28 a 33 Rt., Febr. u. Febr.-März 29½ Rt. Br., pr. Frühjahr 30¾ Rt. Br., Mai-Juni 31 Rt. Br.

Rüböl loko 15⅜ a 15 5/12 Rt. bez., Febr. 15 1/12 a 15¼ Rt. bez. u. Br., 15⅛ Gd., Febr.-März 15 Rt. bez. u. Br., 14⅞ Gd., März-April 15 Rt. Br., 14⅞ Gd., April-Mai 14¾ Rt. bez. u. Gd., 14⅞ Br., Sept.-Okt. 14 Rt. Br., 13¾ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19⅔ a 19¾ Rt. bez., Febr. 19¾ a 19⅔ Rt. bez. u. G., 19¾ Br., Febr.-März 19¾ a 19⅔ Rt. bez. u. Gd., 19¾ Br., März-April 19⅔ Rt. Br., 19¾ Gd., April-Mai 20 a 19 11/12 Rt. bez., 20 Br. u. G., Mai-Juni 20¼ a 20⅓ Rt. bez. u. Br., 20¼ Gd., Juni-Juli 21 Rt. Br., 20¾ Gd., Juli-August 21½ Rt. Br., 21¼ Gd.

Weizenmehl 0. 4 5/12 a 4⅜ Rt., 0. u. 1. 3⅞ a 4 5/12 Rt. — Roggenmehl 0. 3½ a 3⅞ Rt., 0. u. 1. 3⅛ a 3½ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 17. Febr. Gestern Nachts starker Regen, heute klar bei Nord-West-Wind, stürmisch. Temperatur + 6° R.

Weizen, loko ohne Umsatz, 83—85pfd. gelber p. Frühjahr 61½ Rt. bez. u. Gd., 85pfd. 64 Rt. bez., 63¾ Gd.

Roggen, loko ohne Umsatz, 77pfd. p. Febr.-März u. März-April 43 Rt. bez., p. Frühjahr 43⅓ Rt. bez., p. Mai-Juni 44 Rt. Br., p. Juni-Juli 44½, ⅓ Rt. bez., p. Juli-August 45 Rt. Br., 44¾ Gd.

Gerste, p. Frühjahr 69—70pfd. große pomm. 37⅛ Rt. bez.

Hafer ohne Handel.

Rüböl, loko 14⅞ Rt. bez., 15 Br., p. Febr.-März 14⅞ Rt. bez., p. April-Mai 14 7/12 Rt. bez., p. Sept.-Okt. 13¾, ⅞ Rt. bez., 13¾ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19⅓ % bez., p. Frühjahr 18½ % Br., p. Mai-Juni 18¼ % bez. u. Br., p. Juni-Juli 17⅞ % Br., p. Juli-Aug. 17¼ % Br. (Ostsee-Ztg.)

Breslau, 17. Febr. Wetter: stürmisch. Thermometer: + 8°.

Weißer Weizen 90—98 Sgr., Mittelsorten 60—73—81, gelber 56—63—74—90 Sgr., Brennerweizen 40—44—47 Sgr.

Roggen 51—54—56—59 Sgr.

Gerste 35—40—41—46 Sgr.

Hafer 30—33—37—40 Sgr.

Erbsen 64—67—70—81 Sgr.

Oelsaaten. Raps 117—125—131 Sgr., Sommerrübsen 80—92 Sgr.

Schlagleinsaat 5⅓—6 Rt.

Säeleinsaat 7⅔—8 Rt.

Rother alter Kleesamen 14—15⅓—16⅓—17⅓ Rt., hochfeiner 18—18½ Rt., weißer 24—26—28 Rt.

An der Börse. Rüböl loko u. Febr. 15 Br., 14 11/12 Gd., die übrigen Termine bis April-Mai 15 Br., 14⅞ Gd., Sept.-Okt. 14 Br.

Roggen, Febr. u. Febr.-März 42¼ bez., März-April 42¼—½ bez., April-Mai 43 bez. u. Gd., Mai-Juni 43½ bez. u. Gd., Juni-Juli 44¼ Gd.

Spiritus loko 8¼ Rt. bez., 8¼ Gd., Febr. u. Febr.-März 8⅜ Br., März-April 8 5/12 Br., 8⅓ Gd., April-Mai 8½ Br., 8 5/12 Gd., Mai-Juni 8 7/12 Gd., Juni-Juli 9 Gd.

Kartoffel-Spiritus (pro Eimer à 60 Quart zu 80 % Tralles) 8¼ Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Wien, 14. Febr. Bei recht animirtem Geschäftsgang wurden in verflossener Woche circa 750 — 800 Ctr. Wolle vom Platze genommen und zwar 350 Ctr. Mittel-Einschur in den Preisen von 110—120 Fl. von Fabrikanten nach Brünn und Neugedein, ferner einige Partien Zweischur 90—95 Fl. von Spinnern nach Böhmen, 100 Ctr. gute Sommer 86—90 Fl. nach Brünn, dann 100 Ctr. feine Lammwolle und einige Pöstchen Einschur 140—160 Fl. nach Reichenberg von Händlern und Fabrikanten. Im Ganzen ist eine günstige Tendenz im Geschäfte vorwaltend. Von den in der Mauth lagernden Sorten wurde im Laufe dieses Monats noch wenig abgesetzt; dennoch sind die Preise dafür unverändert.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Hamburg, 17. Febr. Weizen loko stille, ab Auswärts unverändert. Roggen loko stille, ab Auswärts unbeachtet. Oel pro Mai 27¾, pro Oktober 26¾. Kaffee unverändert. Zink 2000 Ctr. pro Frühjahr 14 3/16, 500 Ctr. loko und Termin 14 5/32, 500 Ctr. besondere Marke 14 7/32.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 17. Februar. 1858.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	78¾ B
Aachen-Mastricht	4	30¾-31 bz
Amsterd. Rotterd.	4	70¾ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	75¾ G
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	108 bz u B
Berlin-Hamburg	4	104 bz u B
Berl. Potsd. Magd.	4	126¼-26 bz u B
Berlin-Stettin	4	105½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	88 bz u G
do. neueste	4	— —
Brieg-Neiße	4	54 B
Cöln-Crefeld	4	69½ B
Cöln-Minden	3½	135 bz u B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	50⅜ etw bz
do. Stamm-Pr.	4½	78½ G
do. do.	5	— —
Elisabethbahn	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	144 B
Magdeb. Halberst.	4	182½ B
Magdeb. Wittenb.	4	42¼-42 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	91½ bz C. 89 G
Mecklenburger	4	50½-¾ bz
Münster-Hammer	4	91¼ bz
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	93¼ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	57¼-56¾ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	126¼ bz u G
do. Litt. B.	3½	118¾ B
Oest. Franz. Staat.	5	145½-46-45½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	41½ bz u B
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	61 bz u B
Rheinische, alte	4	84½ bz
do. neue	4	— —
do. neueste	5	82½ etw 82 bz
do. Stamm-Pr.	4	90 bz
Rhein-Nahebahn	4	55¼-54¾ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	87 B
Stargard-Posen	3½	85 B
Theißbahn	5	— —
Thüringer	4	106 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	123 B
Berl. Handels-Ges.	4	80 bz
Braunschw. Bk. A.	4	102 bz
Bremer do.	4	98½ bz
Coburg. Kredit-do.	4	78½ B
Danzig. Priv. Bk.	4	82 G
Darmstädter abgst.	4	85 bz
do. Ber. Scheine	—	103 bz u B
do. Zettel-B. A.	4	89¾ Pst bz u G
Dessauer Kredit-do.	4	43½-2¾ bz u B
Disk. Comm. Anth.	4	99¾-99-½ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	55 G
Geraer do.	4	81 G
Gothaer Priv. do.	4	76½ etw bz u G
Hannoversche do.	—	95⅜ G
Königsb. Priv. do.	4	83½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	67¾ B
Luxemburger do.	4	77 B
Magdeb. Priv. do.	4	83½ G
Meining. Kred. do.	4	78¾ bz u G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	83¼ G
Oestr. Kredit- do.	5	99¼-98½ bz u B
Pomm. Ritt. do.	4	90 bz
Posener Prov. Bank	4	81¼ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	135¾ bz
Preuß. Handls. Ges.	4	— —
Rostocker Bank-Akt.	4	116 B
Schles. Bank-Verein	4	81½ bz u G
Thüring. Bank-Akt.	4	71½ etw bz
Vereinsbank, Hamb.	4	97¾ B
Waaren-Kred. Anth.	5	92½ B
Weimar. Bank-Akt.	4	93 bz u B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	89 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	78 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	102 etw bz u B
Minerva, Bergw. A.	5	48 etw bz u B
Neustädt. Hüttenv. A	5	53 B
Concordia	4	101¾ G inkl.
Magdeb. Feuerverf. A	4	210 B inkl.

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	91 bz
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	102½ bz
do. II. Ser.	5	102½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	75½ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	85½ G
do. II. Em.	5	101½ G
do. III. S. (D. Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	92½ B
Berlin-Anhalt	4	92¾ G
do.	4½	99 G
Berlin-Hamburg	4½	102¾ G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	90¼ bz
do. Litt. C.	4½	99¼ B
do. Litt. D.	4½	98½ B
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	84 bz
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	— —
do. II. Em.	5	103 B
do.	4	89⅛ B
do. III. Em.	4	85 G
do.	4½	94¼ B
do. IV. Em.	4	85¼ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	79¾ G
do. III. Em.	4½	84 B
Magdeb. Wittenb.	4½	93⅜ G
Niederschles. Märk.	4	92½ G
do. conv.	4	92½ G
do. conv. III. Ser.	4	90 B
do. IV. Ser.	5	— —
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¼ G
Oberschles. Litt. A.	4	90 B
do. Litt. B.	3½	79 B
do. Litt. D.	4	— —
do. Litt. E.	3½	75½ B
do. Litt. F.	4½	93 G
Oestreich. Französ.	3	264 bz u B
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	91½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— — III. 94 bz
Thüringer	4½	100 G
do. III. Ser.	4½	— —
do. IV. Ser.	4½	95¼ B

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100⅛ bz
Staats-Anleihe	4½	100⅛ bz
do. 1856	4½	100⅛ bz
do. 1853	4	94¼ G
N. Präm-St-A 1855	3½	116½ G
Staats-Schuldsch.	3½	84¾ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	82⅔ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	— —
do. do.	3½	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	86¾ G
do.	4	94¼ G
Ostpreußische	3½	83¼ bz
Pommersche	3½	86 bz
do.	4	93¾ G
Posensche	4	99½ G
do.	3½	88½ bz
do. neue	4	89⅛ G
Schlesische	3½	85½ G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	82¾ bz
do.	4	91 G
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93¾ G
Pommersche	4	93¼ bz
Posensche	4	92 bz
Preußische	4	93¼ B
Rhein- u. Westf.	4	— —
Sächsische	4	93¾ G
Schlesische	4	93⅜ B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	74 etw bz u B
do. National-Anl.	5	76¼-76 bz
do. 250fl. Präm. O.	4	104¾ B
do. neue 100fl. Loose	—	62 etw bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	104 B
6. do.	5	107¼ bz
Englische Anl.	5	109¾ B
Poln. Schatz-O.	4	85½ etw bz u G
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	93 B
do. B. 200 Fl.	—	22½ G
Pfdbr. u. in SR.	4	89¾ G
Part. O. 500 Fl.	4	88½ B
Hamb. Pr. 100 BM	—	78 etw bz u B
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	42½ etw bz u B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	31½ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	94 B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5¼ G
Louisd'or	—	109⅜ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	458 B
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 24 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ B
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ B
Fremde kleine	—	— —
Oestr. Banknoten	—	100½ G NW95⅛ [G
Poln. Bankbillet	—	91¼ bz u G
Bank-Disk. f. Wechs	—	4 %

Wechsel-Kurse vom 17. Februar.

Amsterd. 250fl. kurz	—	142¾ bz
do. 2 M.	—	142⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	—	152 bz
do. do. 2 M.	—	151½ bz
London 1 Lstr. 3 M.	—	6. 21 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	—	79⅜ bz
Wien öst. W. 2 M.	—	94½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	—	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	—	99¾ G
do. do. 2 M.	—	99⅜ G
Frankf. 100 fl. 2 M.	—	56. 28 G
Petersb. 100 R. 3 W.	—	100¾ bz
Bremen 108 Tlr. 8 T	—	109¼ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	90¾ bz

Trotz der günstigeren Nachrichten und besseren Notirungen von Paris war die heutige Börse doch ganz und gar ohne Geschäft. Nur wenige Eisenbahnaktien waren im Kurse etwas besser, die übrigen Papiere fast alle rückgängig.

Breslau, 17. Februar. Auch die heutige Börse war matt und der Verkehr sehr unbedeutend.

Schlußkurse. Diskonto-Commandit-Antheile —. Oestr. Kredit-Bankaktien 98½—¼ bez. u. Gd. Schles. Bankverein 81½ bez. u. Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 88 Br. dito 3. Emiss. —. dito Prioritäts-Oblig. 84¾ Br. Oberschlesische Lit. A. u. C. 126¾ Br. dito Lit. B. —. dito Prioritäts-Obligat. 86¼ Br. dito Prior. Obligat. 93½ Br dito Prior. 75 5/12 Br. Oppeln-Tarnowitzer 40¼ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Donnerstag, 17. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Stimmung günstig, Kurse höher.

Schlußkurse. Neueste Pr. Anleihe 116¼. Preuß. Kassenscheine 104¾. Ludwigshafen-Berbach 143⅞. Berliner Wechsel 104⅞. Hamburger Wechsel 88¾. Londoner Wechsel 117⅜. Pariser Wechsel 93⅜. Wiener Wechsel 111. Darmstädter Bankaktien 217. Darmstädter Zettelbank 225. Meininger Kreditaktien 79. Luxemburger Kreditbank 74. 3% Spanier 40⅛. 1% Spanier 30. Span. Kreditbank Pereira 501. Span. Kreditb. v. Rothschild 440. Kurhess. Loose 41⅞. Badische Loose 54½. 5% Metalliques 71¼. 4½% Metalliques 63¾. 1854er Loose 101. Oestr. National-Anlehen 73¾. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 255½. Oestr. Bankantheile 1037. Oestr. Kreditaktien 230. Oestr. Elisabethbahn 169½. Rhein-Nahebahn 55¾. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. —. Litt. C. —.

Hamburg, Donnerstag, 17. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Börse still und ohne Begehr.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 74¾. Oestr. Kreditaktien 96¼. 3% Spanier 38. 1% Spanier 28. Mexikaner —. Stieglitz de 1855 101½. 5% Russen —. Vereinsbank 98½. Norddeutsche Bank 84⅛. Nordbahn 56¼. Diskonto —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.